

19. Wahlperiode



Deutscher Bundestag
Ausschuss für Menschenrechte und
humanitäre Hilfe

Wortprotokoll der 74. Sitzung

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Berlin, den 3. März 2021, 14:00 Uhr
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Paul-Löbe-Haus, Saal PLH E.800

Vorsitz: Gyde Jensen, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Einzigster Tagesordnungspunkt

Seite 6

Öffentliche Anhörung zum Thema:
Jubiläum des Humanitarian Summits und
Verabschiedung des Grand Bargains



Geladene Sachverständige

Dr. Rolf Böhnke
Diplomat a. D.

Philipp Frisch
Leiter der Advocacy Unit von Ärzte ohne Grenzen e. V., Berlin

Bettina Iseli
Programm-Direktorin der Deutschen Welthungerhilfe e. V.

Heiko K. Knoch
Leiter des Büros des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen in Berlin

Katharina Lumpp
Vertreterin des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) in
Deutschland

Kathrin Schick
Direktorin von Voluntary Organisations in Cooperation in Emergencies VOICE, Brüssel

Ralf Südhoff
Leiter des Centre for Humanitarian Action in Berlin



Fragenkatalog zur öffentlichen Anhörung anlässlich des Jubiläums des Humanitarian Summits und der Verabschiedung des Grand Bargains

Grand Bargain: Umsetzung und vorläufiges Fazit

1. Beim 1. Humanitären Weltgipfel im Jahr 2016 mit über 170 Staaten sind über 1.000 Selbstverpflichtungen dort fixiert worden. Die Vereinbarung des Grand Bargains wurde von 63 Unterzeichnern getragen. Wie steht es um die Umsetzung, in welchem Umfang erfüllten die Geber die Zielvorgaben, welche Fortschritte wurden erzielt, welche Herausforderungen bleiben im fünften Jahr nach dem Gipfel bestehen und wie soll angesichts der steigenden Zahl und Dauer von Konflikten/Katastrophen weltweit erreicht werden, dass die zugesagten Selbstverpflichtungen auch tatsächlich eingehalten werden? (CDU/CSU)
2. Mit dem ersten Humanitären Weltgipfel waren hohe Erwartungen verbunden. Zu den Kernelementen des Grand Bargains zählte die Stärkung der lokalen Akteure, die bessere Einbeziehung der betroffenen Menschen und ihrer Organisationen, verlässlich geplante Mehrjahresprogramme und die Vereinfachung administrativer Verfahren. Sind diese Ziele realisiert worden? Inwieweit ist Deutschland seinen entsprechenden Selbstverpflichtungen nachgekommen? Gibt es Nachbesserungsbedarf und wenn ja, in welchen Bereichen? (SPD)
3. Kann das Projekt „Grand Bargain“ funktionieren, wenn zwei Dutzend Länder mit drei Dutzend UN-, EU- und NG-Organisationen darum ringen, humanitäre Hilfe effektiver zu machen, und so – laut Annual Independent Report 2020 – die schiere Menge und Macht der Bürokratie eher für Konkurrenz statt Kooperation sorgt? (AfD)
4. Wie und wozu wird humanitäre Hilfe instrumentalisiert und wie sollte die Bundesregierung die Mittel der humanitären Hilfe konkret einsetzen? Bitte verdeutlichen Sie dies an vergangenen und aktuellen Beispielen, vor allem für die Bereiche Militarisierung humanitärer Hilfe, Einsetzen humanitärer Hilfe als politisches Instrument von Seiten der Geberländer, Migrationskontrolle, inhumane Lagerpolitik gegenüber Menschen auf der Flucht. (DIE LINKE.)
5. Wo liegen die größten Herausforderungen der Operationalisierung des Grand Bargains für humanitäre Geber und für Durchführungsorganisationen insbesondere mit Blick auf humanitäre Prinzipien? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lokalisierung humanitärer Hilfe (in der Corona-Pandemie)

6. Die Lokalisierung humanitärer Hilfe ist als ein wesentliches Ziel des Humanitären Weltgipfels formuliert worden. Wie schätzen Sie die Umsetzung dieses Ziels ein? Welche Rolle kommt den humanitären Hilfsorganisationen vor Ort in Anbetracht der Corona-



Pandemie zu und wie kann diese trotz des aufgrund der Pandemie erschwerten Zugangs gestärkt werden? (CDU/CSU)

7. Zu den Kernforderungen des Grand Bargains zählte die Stärkung der humanitären Prinzipien, um den humanitären Organisationen sicheren Zugang zu Menschen in Krisengebieten zu gewährleisten. Wie hat sich die Situation seit dem Humanitären Hilfsgipfel entwickelt? Wie hat sich die Corona-Epidemie auf den Zugang in die Krisengebiete ausgewirkt und wie können wir den dadurch bedingten Erschwernissen begegnen? (SPD)
8. Vor dem Hintergrund der Pandemie und der eingeschränkten Mobilität von internationalen humanitären Akteuren haben lokale Akteure eine besondere Rolle zur Leistung von humanitärer Hilfe gespielt. Welche Auswirkungen hat die Pandemie auf Ihre Arbeit hinsichtlich der Lokalisierung gehabt und mit welchen kurz-, mittel- und langfristigen Auswirkungen rechnen Sie in Bezug auf die Lokalisierung der humanitären Hilfe und die Erreichung des entsprechenden Zieles des Grand Bargains? (FDP)

Anpassungsbedarf des Grand Bargains bzw. der humanitären Hilfe

9. Welche Übersetzung von „Grand Bargain“ ins Deutsche wäre für Sie passend, um die Ziele und Ansprüche des Projektes im Verhältnis zu seiner Verwirklichung, den „Herausforderungen, Schwächen und Haupthemmnissen“, wie der HPG-Report 2020 sie beschreibt, abzubilden? (AfD)
10. Welche digitalen und technischen Innovationen konnten Ihre Organisation und ihre humanitären Akteure in den vergangenen Jahren einsetzen, um die diversen Ziele des Grand Bargains im Rahmen Ihrer Arbeit zu erreichen, und wo sehen Sie die Möglichkeiten oder auch Notwendigkeiten für mehr Innovation, um die Erreichung der Ziele voranzutreiben? (FDP)
11. Inwieweit werden humanitäre Prinzipien beim Zusammenspiel von humanitärer Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Friedensarbeit, insbesondere im Kontext bewaffneter Konflikte, gefährdet und wie müsste Ihren Einschätzungen zu Folge ein wirkmächtiges Zusammenspiel dieser Bereiche ausgestaltet sein? Bitte beziehen Sie sich hierbei auch auf die Aspekte der Lokalisierung humanitärer Hilfe und die Kontrolle von supranationalen Unternehmen. (DIE LINKE.)
12. Wie können die Umsetzung und Weiterentwicklung des Humanitarian Development Peace Nexus im Rahmen des Grand Bargains verbessert werden und welche Formen der Zusammenarbeit zwischen Gebern und Durchführungsorganisationen sind hierfür notwendig? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Altenkamp, Norbert Maria Brand (Fulda), Michael Brehm, Sebastian Heinrich (Chemnitz), Frank Patzelt, Martin Zimmer, Prof. Dr. Matthias	Brodesser, Dr. Carsten Damerow, Astrid Kuffer, Michael Leikert, Dr. Katja Motschmann, Elisabeth Schipanski, Tankred
SPD	Castellucci, Prof. Dr. Lars Özoğuz, Aydan Schwabe, Frank	Diaby, Dr. Karamba Heinrich, Gabriela
AfD	Braun, Jürgen Herdt, Waldemar	Friesen, Dr. Anton Frohnmaier, Markus
FDP	Heidt, Peter Jensen, Gyde	Köhler, Dr. Lukas Lambsdorff, Alexander Graf
DIE LINKE.	Brandt, Michel Nastic, Zaklin	Buchholz, Christine Jelpke, Ulla
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Bause, Margarete Gehring, Kai	Amtsberg, Luise Polat, Filiz



Einzigster Tagesordnungspunkt

Öffentliche Anhörung zum Thema:

Jubiläum des Humanitarian Summits und Verabschiedung des Grand Bargains

Die **Vorsitzende**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Sie alle ganz herzlich begrüßen zu unserer heutigen öffentlichen Anhörung, die ich hiermit für eröffnet erkläre. Sie kennen das wahrscheinlich schon, auch einige Sachverständige, dass es, bevor wir richtig inhaltlich starten, noch einige Bekanntgaben zu machen gibt, vor allen Dingen in der Zeit wo wir nicht alle hier im Ausschusssaal vertreten sind, sondern auch hybrid in der Webex-Konferenz. Wir werden das Beste daraus machen. Ich habe noch eine Ankündigung für die Abgeordnetenkollegen. Wir haben direkt im Anschluss, voraussichtlich um 17:10 Uhr, den Beginn der namentlichen Abstimmung im Plenum. Wir hatten uns aber heute Morgen schon in einer Ausschusssitzung darauf verständigt, dass wir dann hier trotzdem gegen 17:00 Uhr zum Ende kommen und dann gemeinsam rübergehen können, sollten sich keine plenumstechnischen Veränderungen ankündigen. Ansonsten wären wir aber auch in der Lage, kurzfristig darauf einzugehen. Wir machen diese öffentliche Anhörung in einem Format, das hybrid durchgeführt wird. Das bedeutet für Sie: Sie sehen nicht alle Kolleginnen und Kollegen die teilnehmen, einige sind in der Webex-Konferenz dabei, unter anderem auch einige Sachverständige und auch einige Fraktionskolleginnen und -kollegen, die sich auch im Laufe der Sitzung teilweise hybrid zuschalten werden. Neu ist allerdings, auch für Sie hier im Ausschusssaal, dass Sie in der Webex-Konferenz zu sehen sein werden. Nicht nur in der Übertragung über die Kameras, die hier aufzeichnen und auch live streamen, sondern auch über die Kamera hier in der Mitte. Das heißt wenn Sie Ihr Statement abgeben, sind Sie automatisch auch für die Kolleginnen und Kollegen in der Webex-Konferenz zu sehen. Das ist jetzt ein neuer Hinweis. Generation Digitalisierung – welcome to Bundestag. Ich möchte aber an dieser Stelle ganz herzlich die Hauptpersonen dieser Anhörung begrüßen, und das sind unsere Sachverständigen: Dr. Rolf Böhnke, der hier im Saal vertreten ist,

Diplomat a. D.. Dann haben wir Philipp Frisch, auch hier bei uns im Saal, Leiter der Advocacy Unit von Ärzte ohne Grenzen in Berlin. Bettina Iseli auch im Saal, Programm-Direktorin der Deutschen Welthungerhilfe. Heiko Knoch ist zugeschaltet in der Webex-Konferenz und Leiter des Büros des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen, auch ein herzliches Willkommen an Sie. Dann haben wir, auch zugeschaltet in der Webex-Konferenz, Katharina Lumpp, Vertreterin des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) hier in Deutschland, sowie Kathrin Schick, auch zugeschaltet, Direktorin von Voluntary Organisations in Cooperation in Emergencies VOICE. Ralf Südhoff ist hier bei uns im Saal, Leiter des Centre for Humanitarian Action in Berlin. Außerdem begrüße ich natürlich die Mitglieder des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sowie einige Mitglieder, die sich vielleicht noch zuschalten werden oder schon zugeschaltet haben – das kann ich jetzt gerade hier nicht sehen, das ist einmal die Abgeordnete Frau Manderla, aus dem Auswärtigen Ausschuss. Zu uns kommen wird noch der Kollege Ulrich Lechte, Vorsitzender des Unterausschusses Vereinte Nationen, internationale Organisation und Globalisierung und Mitglied im Auswärtigen Ausschuss. Außerdem wird digital Frau Dr. Kofler, die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, zu uns kommen. Ich weise Sie darauf hin, dass wir heute live im Parlamentsfernsehen diese öffentliche Anhörung übertragen werden, die dann zusätzlich auch im Nachhinein in der Mediathek des Bundestages verfügbar ist. Das heißt, diese Anhörung ist öffentlich und außerdem haben wir die Möglichkeit, dass auch weitere Abgeordnete des Ausschusses, ich hatte gerade schon zwei genannt, die Möglichkeit hätten, hier Rede- und Fragerecht zu bekommen. Wenn das der Fall sein sollte, würden wir das ganz normal als Wortmeldung aufrufen. Ich sehe keine Gegenstimmen, dann können wir auch entsprechend verfahren. Es wird zusätzlich ein Wortprotokoll angefertigt von der Sitzung, das im Nachhinein abrufbar ist. Zur Vorbereitung auf die Sitzung haben unsere Sachverständigen entsprechende Stellungnahmen an die Mitglieder versandt und falls sie zugestimmt haben, sind diese Stellungnahmen dann auch öffentlich



einsehbar. Zum Ablauf der Anhörung und weil ich das gerade höre: Alle Kolleginnen und Kollegen, die über Webex zugeschaltet sind, stellen gerne ihre Mikrofone aus, es sei denn, Sie haben gerade das Wort. Auch die Kolleginnen und Kollegen im Ausschusssaal würde ich bitten, die Mikrofone dann ein- und vor allen Dingen wieder auszuschalten. Sonst gibt es manchmal eine Rückkopplung, die wir natürlich vermeiden wollen. Jetzt gibt es drei wichtige Zahlen, die einige von Ihnen sicherlich schon kennen, die uns hier durch die Sitzung führen werden, das sind fünf, vier und zwei. Wir starten gleich in alphabetischer Reihenfolge mit bis zu fünf Minuten Eingangsstatements durch die Sachverständigen und im Anschluss gibt es eine Fraktionsrunde, vielleicht eine zweite oder dritte Fraktionsrunde, in der wir der Größe der Fraktionen folgend Fragen an bis zu zwei Sachverständige stellen können. Für diese Fragen der Kolleginnen und Kollegen stehen Ihnen zwei Minuten zur Verfügung und dann wird direkt an die bis zu zwei befragten Sachverständigen zurückgegeben. Dann haben Sie bis zu vier Minuten für die Beantwortung. Ich sage das auch immer noch einmal an. Die einzige Herausforderung ist: Wir würden Sie hier mit einem kleinen Handywecker oder mit meiner Stimme daran erinnern, wenn Ihre Zeit am Ende ist. Ansonsten für die Kolleginnen und Kollegen auf der Tribüne: Machen Sie gerne zu Beginn ein paar Fotos, wenn Sie das möchten, ansonsten würde ich Sie bitten, dann im Verlauf der Sitzung davon abzusehen. Ein weiterer Hinweis: Es gibt einen Videografen, der am Anfang auch ein paar Aufnahmen machen wird. Die gehen nicht in Richtung des Abfilmens von Statements, sondern nur um ein paar Schnittbilder und ein paar Eindrücke von der Anhörung hier zu sammeln. Das alles gesagt habend, frage ich Sie noch einmal, ob Sie Fragen haben. Wenn das nicht der Fall ist, starten wir in der schon angekündigten alphabetischen Reihenfolge mit den Eingangsstatements unserer Sachverständigen. Es hat zunächst das Wort Herr Dr. Böhnke, bis zu fünf Minuten.

SV Dr. **Rolf Böhnke** (Diplomat a. D.): Vielen Dank. Zunächst kurz zu meiner Person. Ich bin unabhängiger Sachverständiger und parteipolitisch nicht gebunden. Sehr geehrte Frau

Vorsitzende und sehr geehrte Damen und Herren! Vor wenigen Tagen sah ich im Fernsehen, wie eine junge Frau über die grüne Grenze von Venezuela nach Kolumbien flüchtete. Auf dem Arm trug sie ihren wertvollsten Besitz, ihre kleine zweijährige Tochter. Es war eine Flucht aus dem Elend ihres Heimatlandes in die Not des Flüchtlingsdaseins. Von dem Elend in die Not. Das ist das Schicksal der etwa 80 Millionen Frauen, Kinder und Männer weltweit auf der Flucht. Hier setzt der Grand Bargain ein mit seinem Bemühen, die humanitäre Hilfe zu verbessern. Er will dies in einem großen Wurf erreichen und identifiziert zehn Themenbereiche, die reformiert werden sollen. Ich gehe in meinem mündlichen Statement auf sieben Punkte ein. Erstens: Übergreifend ist das Problem der knappen Finanzen. Der Grand Bargain legt großen Wert auf Transparenz der Mittelverwendung als Rechenschaft gegenüber den Gebern wie den Empfängern. Der Grand Bargain hofft, so die Bereitschaft zur finanziellen Unterstützung der humanitären Hilfe zu erhöhen. Zweitens: Das Eigeninteresse und die Schwerfälligkeit großer Institutionen möchte der Grand Bargain überwinden und die Organisationen zur Zusammenarbeit drängen. Um ein Beispiel zu nennen: Bedarfsanalysen sollen gemeinsam durchgeführt werden. Allerdings gestaltet sich dies in der Praxis schwierig. Festzuhalten ist: Kooperation vermeidet Doppelarbeit und spart Geldmittel, die vor Ort besser eingesetzt werden können. Drittens: Die effiziente Mittelverwendung ist ein weiterer Schwerpunkt. Der Grand Bargain wie auch das Auswärtige Amt sprechen sich für mehr Barzahlungen statt Sachleistungen und für mehr ungebundene Mittel statt gebundener Mittelvergabe aus sowie für mehrjährige Finanzierung. Die Vor- und Nachteile dieser Verfahrensweisen sind abzuwägen. Viertens: Der Grand Bargain will ein ehernes Prinzip der Entwicklungspolitik auch in der humanitären Hilfe stärker zur Geltung bringen, nämlich die Beteiligung der Betroffenen und der Organisationen vor Ort an der Konzeption und Umsetzung der Maßnahmen. Auch die Stärkung der Rolle der Frauen wird eingefordert. Beides ist zu begrüßen. Fünftens: Wer in Projekten mitgearbeitet hat, der weiß, wie zeitraubend das Schreiben von Berichten sein kann. Der Grand Bargain hat hier praktikable Vereinfachungen



entwickelt. Das ist ein Pluspunkt. Die eingesparte Zeit kommt den Projekten zugute. Sechstens: Die geforderte enge Verzahnung von humanitärer Hilfe mit der Entwicklungshilfe wird die Situation der Geflüchteten verbessern. Allerdings liegt hier noch ein längerer Weg vor uns. Siebentens: Auch wenn der große Wurf nicht in allen Punkten gelungen ist, so hat der Grand Bargain doch wichtige Reformen angestoßen. Er hat damit auch einen Beitrag zu den nachhaltigen Entwicklungszielen geleistet. Als Fazit lässt sich sagen, dass man in der vom Grand Bargain vorgezeigten Richtung fortfahren sollte, aber mit einigen Modifizierungen. Vor allem wäre es zweckmäßig, sich auf wenige strategische Arbeitsbereiche zu konzentrieren. Dabei müssen humanitäre Hilfe, Entwicklungshilfe und Krisenmanagement zusammenwirken, um nachhaltige Ergebnisse zu erzielen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Dann hat jetzt Herr Frisch das Wort, auch bis zu fünf Minuten.

SV Philipp Frisch (Leiter der Advocacy Unit von Ärzte ohne Grenzen e. V., Berlin): Vielen Dank Frau Vorsitzende, vielen Dank sehr geehrte Abgeordnete, dass ich hier sprechen und die Sicht von Ärzte ohne Grenzen darstellen kann auf den Grand Bargain und die notwendigen Reformen des humanitären Systems. Als weltweit arbeitende medizinische Hilfsorganisation haben wir natürlich einen sehr speziellen Blick auf diese Art von Reformdebatten, der unter anderem auch dadurch geprägt ist, dass wir tatsächlich als Organisation uns entschieden haben, kein Geld oder so gut wie kein Geld von staatlichen Gebern anzunehmen, unter anderem nehmen wir auch keine Gelder von Staaten der Europäischen Union und sind deswegen fast ausschließlich privat finanziert. Um mit der Kernthese anzufangen: Wenn es das erklärte Ziel ist, humanitäre Bedarfe weltweit besser zu adressieren oder sie im besten Fall schon von vornherein zu verhindern, dann wird man mit einer reinen Reform des humanitären Systems nicht besonders weit kommen, sondern dann geht es insbesondere auch darum, Politikbereiche in den Blick zu nehmen, die außerhalb dieses Systems sind. Die meisten humanitären Probleme können nur außerhalb des

Systems gelöst werden, und was wir da vor allem brauchen ist Politikkohärenz. Lassen Sie mich das an vier kurzen Beispielen erläutern. Erstens der Umgang mit Pandemien und Krankheitsausbrüchen: Die weltweiten humanitären Bedarfe in den letzten Monaten sind durch die Decke gegangen. Das lässt sich sehr, sehr eindrücklich an den Zahlen ablesen. Der Grund dafür ist natürlich wenig überraschend die Pandemie, mit der wir uns gerade im Moment alle auseinandersetzen müssen. Gleichzeitig ist die Verteilung von lebensnotwendigen Impfstoffen beispielsweise aber auch im Bereich Schutzkleidung und anderer medizinischer Produkte weltweit extrem ungleich. Und es geht insbesondere um die Finanzkraft der Staaten, die bestimmen, wie viel sie sich tatsächlich leisten können. Der bezahlbare Zugang zu Impfstoffen, Medikamenten und Diagnostika wird damit zu einer kernhumanitären Frage und gleichzeitig wird diese Frage nicht von Humanitären gelöst oder adressiert, sondern findet in anderen Politikbereichen statt. Zweitens Migrationspolitik: Die gleichen Geberstaaten, die sich teilweise mit großer Geste dazu verpflichten, die Effizienz, Transparenz und Wirkmächtigkeit des humanitären Systems und der humanitären Hilfe zu steigern, sind gleichzeitig leider sehr oft auch Staaten, die mit ihrer Migrationspolitik humanitäre Bedarfe überhaupt erst entstehen lassen. Wenn es tatsächlich darum geht, menschliches Leid zu lindern, und ich finde, das ist genau das richtige Ziel, dann wäre schon viel gewonnen, wenn zum Beispiel die Staaten der EU sich auf eine Migrationspolitik verständigen könnten, die tatsächlich den Schutz der Verwundbarsten im Zentrum hat und nicht die Abwehr von vermeintlichen Gefahren oder die Abschottung und Abschreckung. Drittens, Angriffe auf medizinische Einrichtungen: Angriffe auf medizinische Einrichtungen, auf humanitäre Helfende sind inzwischen leider systematischer Teil der Gewalt in vielen Weltregionen. Die Bundesregierung hat sich hier tatsächlich sehr positiv hervorgetan, unter anderem in ihrer Zeit im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Und auch die Verurteilung von Kriegsverbrechern nach dem Weltrechtsprinzip ist natürlich etwas, wo wir hoffen, dass viele andere Staaten dem deutschen Vorbild folgen. Nichtsdestoweniger muss man trotzdem festhalten, dass auch diese



Problematiken und die Kultur der Konsequenzen und Straflosigkeit nicht mit dem humanitären System zu lösen sind, sondern insbesondere mit einer Außen- und Wirtschaftspolitik, die tatsächlich Druck ausübt auf genau diese Kriegsteilnehmenden. Viertens, die Gefahr der Instrumentalisierung und der Triple Nexus: Der limitierende Faktor für humanitäre Hilfe ist nicht unbedingt immer Geld und nicht unbedingt immer Effizienz. Es ist oft der Zugang, den man bekommt oder eben nicht, um Menschen zu helfen, die in Kriegssituationen, in Kriegsgebieten abgeschnitten sind von Versorgung. Dieser Zugang lässt sich oft nur dann tatsächlich verhandeln, wenn man als humanitäre Organisation in der Lage ist, glaubhaft darstellen zu können, dass es einem tatsächlich um prinzipienorientierte humanitäre Hilfe geht und um keine anderen politischen Agenden. Zwar können und sollen sich humanitäre und entwicklungspolitische Maßnahmen besser aufeinander abstimmen. Wir müssen aber gleichzeitig, und das ist genau die Debatte um den Nexus, sicherstellen, dass die tatsächlich unterschiedlichen Zielstellungen von allen beteiligten Akteuren entsprechend wahrgenommen werden und diese unterscheidbar bleiben. Zusammenfassend lässt sich sagen: Ja, das humanitäre System hat Schwächen und braucht Reformen, und ja, der Grand Bargain und Reformideen gehen oft in die richtige Richtung. Letzten Endes geht es aber auch darum, die Lösung für diese Art von humanitären Fragen und Dilemmata außerhalb des Systems zu suchen und tatsächlich eine Politik zu machen, die kohärent daran arbeitet, das Leid von Menschen in dieser Art von humanitären Krisensituationen zu lindern. Dankeschön.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Dann hat als nächste Sachverständige das Wort Frau Iseli, auch hier im Saal.

Sve **Bettina Iseli** (Programm-Direktorin der Deutschen Welthungerhilfe e. V.): Herzlichen Dank. Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Abgeordnete, 235 Millionen Menschen sind auf existenzielle humanitäre Hilfe angewiesen. Hinter dieser Zahl verbergen sich Menschen, die von Krisen, Kriegen und Konflikten betroffen sind. Der Bedarf ist hoch, er ist steigend hoch und

transparente, effiziente Hilfe wird immer wichtiger. Gleichzeitig sind die Umstände, unter denen humanitäre Hilfe geleistet wird, immer schwieriger. Völkerrecht wird missachtet. Es gibt gezielte Angriffe auf humanitäre Helfer, der Zugang wird verwehrt. Aber auch die formellen Ansprüche an humanitäre Hilfe werden immer größer und der Handlungsspielraum für uns und unsere Partner immer enger. Um als zivilgesellschaftliche Organisation in diesem schwierigen Umfeld arbeiten zu können, brauchen wir entsprechende Rahmenbedingungen, die auch politisch gestaltet werden können und müssen. Das ist einerseits die Ursachenbekämpfung, die wir in den Fokus nehmen sollten, sodass die Bedarfe nicht weiter ansteigen. Wir brauchen breit abgestützte tragfähige politische Lösungen für Konflikte, Krisen und auch in Bekämpfung des Klimawandels. Aber die betroffenen Menschen brauchen auch flexible, unbürokratische und würdevolle Hilfe. Hier kommt nun der Grand Bargain ins Spiel. Er gibt Hoffnung, dass es möglich ist, Rahmenbedingungen positiv zu verändern, wenn alle am gleichen Strang ziehen. Die Hoffnung speist sich aus der Tatsache, dass es einen Grundkonsens zwischen verschiedenen Akteuren gibt, wie flexible und würdevolle Hilfe aussehen sollte. Nach fünf Jahren kann das Fazit gezogen werden: Wahrscheinlich zu wenig, zu langsam, nicht konsolidiert genug, aber ziemlich sicher auch ein Schritt oder viele Schritte in die richtige Richtung. Den Weg sollten wir weiter zusammen gehen, mit festgelegten Zielen und Indikatoren, die gemessen werden können. In diesem Sinne möchte ich drei Aspekte beleuchten, die bei der weiteren Umsetzung des Grand Bargain besondere Beachtung verdienen. Ich tue dies aus Sicht einer der größten deutschen NROs, die ein weltweites Netzwerk von Partnerorganisationen hat. Das sind einerseits die Förderbedingungen, die Vorsorge und das Thema „Lokalisierung“. Förderbedingungen sollten dem Anspruch, der im Grand Bargain beschrieben wird, Rechnung tragen. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Zurzeit müssen wir für jede Situation, wo Nothilfe gefordert ist, Einzelprojektanträge konzipieren. Wir könnten aber auch in Programmen denken, die übergreifend sind, die flexible bedarfsorientierte Verschiebung von Mitteln ermöglichen, Verwaltungskosten reduzieren und das Berichtswesen vereinfachen.



Die Bedarfe der betroffenen Menschen sind überall die gleichen: Genug zu essen, ein Dach über dem Kopf, sich sicher fühlen und Wasser- und Sanitärversorgungen. Das heißt nicht „one size fits all“. Das bedeutet in einem Fall vielleicht, Nahrungsmittel zu verteilen, damit man sofort konsumieren kann, Bargeld, damit man sie kaufen kann, Saatgut, damit man selber anpflanzen kann. So würde die bedarfsgerechte Hilfe flexibel und partizipativ gestaltet werden können. Zweitens Vorsorge: Wir müssen frühzeitiger handeln und in Katastrophenvorsorge investieren. Wenn alle diese Meinung teilen, ist es trotzdem noch so, dass 90 Prozent der humanitären Hilfe in Reaktion geht und nur ein Prozent in vorausschauende humanitäre Hilfe. Wir wissen alle, dass die nächste Generation von Heuschrecken schon in den Startlöchern steht, um die Felder leer zu fressen. Aber erst, wenn die Bilder von verelendenden Tieren und hungernden Menschen über die Bildschirme flattern, werden auch die finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt, und das könnte man auch anders machen. Drittens „Lokalisierung“: Nicht erst Corona hat gezeigt, dass es wichtig ist, in guten Zeiten in Beziehungen zu Partnern zu investieren, die dann in schlechten Zeiten tragfähig sind und eine Reaktion auf die unmittelbare Not ermöglichen. Dazu braucht es aber Investitionen in die Befähigung von Partnern und auch in Rollenwechsel unsererseits. Als Fazit sehen wir, dass wir unbedingt weiter an diesem Thema Grand Bargain arbeiten sollten. Dass wir Bedarfe gar nicht erst entstehen lassen, Ursachen angehen, in Vorsorge investieren und die Finanzierungsbedingungen so gestalten, dass sie den Anspruch des Grand Bargains Rechnung tragen, nämlich flexible und effiziente Hilfe, aber auch gemeinsam mit den betroffenen Menschen die Hilfe wertvoll zu gestalten. Dankeschön.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Dann hat jetzt als nächster Sachverständiger Heiko Knoch in der Webex-Konferenz das Wort.

SV **Heiko K. Knoch** (Leiter des Büros des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen WFP in Berlin): Vielen Dank. Sehr geehrte Frau Vorsitzende Jensen, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Kolleginnen und

Kollegen, zunächst möchte ich mich bei Ihnen für die Einladung, auch im Namen von WFP, zu dieser öffentlichen Anhörung bedanken. Seit dem humanitären Weltgipfel und der Verabschiedung des Grand Bargain im Jahr 2016 hat sich die Welt weiter verändert. Laut UN OCHA hat sich der Bedarf an humanitärer Hilfe in den letzten fünf Jahren mehr als verdoppelt. Diese Entwicklung unterstreicht die Bedeutung und die Dringlichkeit für die humanitäre Gemeinschaft, die Wirkung verfügbarer Mittel zu maximieren. Es ist heute wichtiger denn je, denn die verfügbaren Ressourcen können nicht mit der steigenden Zahl von Menschen in Not Schritt halten, besonders in Anbetracht der Auswirkungen von Covid-19. Seit Beginn des Grand Bargain wurde einiges erreicht. Gemeinsam mit Partnern arbeitet WFP weiterhin daran, Hilfe effizienter zu gestalten. Wir begrüßen daher auch Deutschlands aktive Rolle in der Weiterentwicklung des humanitären Systems und die Bemühungen, die mit dem Grand Bargain eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Hierzu möchte ich drei Beispiele, die die erzielten Fortschritte verdeutlichen, nennen. Erstens: Seit 2016 hat sich das Volumen von Bargeldhilfen in der humanitären Hilfe verdoppelt und erreichte Ende 2019 einen Wert von 5,6 Milliarden US-Dollar. WFP begrüßt, dass Deutschland den Einsatz von Bargeld fördert und die Kapazitäten seiner Partner im Bereich innovativer Bargeldtransfers stärkt. So trägt etwa die Blockchain-Technologie zu effizienteren und transparenteren Bargeldtransfers bei. Seit 2017 hat WFP über 900.000 syrische Flüchtlinge in Jordanien und Rohingya-Flüchtlinge in Bangladesch mit Hilfe dieser Blockchain-Technologie unterstützt, wodurch erhebliche Einsparungen an Bankgebühren erzielt werden konnten. Zweitens: Gemeinsam mit UNHCR, UNICEF und weiteren UN-Organisationen harmonisiert und vereinfacht WFP seit 2018 organisationsübergreifend Partnerschaftsprozesse durch das UN-Partnerportal. Auf diesem sind ca. 14.000 Partner registriert. Die große Mehrheit sind kleine, nationale, zivilgesellschaftliche Organisationen. Das Portal erlaubt es, neue Partner schneller zu identifizieren, lokalen Akteuren gleichen Zugang zu ermöglichen und doppelte Arbeit für UN und für die NGOs zu vermeiden. Drittens: Im vom deutschen Ko-Vorsitz geleiteten Workstream zur vereinfachten



und standardisierten Berichterstattung hat die globale Einführung des 8+3-Formats das Potential, Zeitaufwand für Personal und Ressourcen einzusparen. WFP ist dankbar für Deutschlands erhebliche Anstrengungen, dieses 8+3-Berichtsformat auch bei anderen Gebern zu fördern, Anforderungen an die Berichterstattung generell niedrig zu halten und zu standardisieren. Trotz Fortschritten herrscht nach fünf Jahren Konsens, dass der nächste Grand Bargain schlanker werden muss und größeres politisches Gewicht braucht. Nur so können wir weitere konkrete Wirkungen bis 2023 erzielen. WFP unterstützt die zwei gesetzten Prioritäten, welche für die nächsten zwei Jahre identifiziert wurden. Erstens: Eine kritische Masse an qualitativ hochwertigen Finanzmitteln für eine effektivere und effizientere humanitäre Hilfe. Hier ist WFP für flexible Unterstützung dankbar. Wir begrüßen, dass Deutschland Anstrengungen unternimmt, die Flexibilität der Beiträge zu erhöhen. Allerdings wird es nur durch nicht zweckgebundene, mehrjährige und erhöhte Finanzierung aller Geber möglich sein, Finanzierungslücken zu schließen und die Reaktion der humanitären Gemeinschaft auf Krisen zu verbessern. Zudem ist es wichtig, die Ursachen humanitärer Not anzugehen, und die humanitäre Hilfe sollte idealerweise einer verzahnten Förderung entlang des Humanitarian-Development-Peace-Nexus folgen. Zweitens: Ein Fokus auf die Unterstützung lokaler Helfer/-innen und der Einbeziehung der betroffenen Menschen. Hier würde ich auch noch einmal das UN-Partnerportal nennen wollen, das erhöhte Transparenz, Effizienz und gegenseitige Rechenschaftspflicht darlegt und Schritte in diese Richtung bietet. Zudem setzt sich WFP für eine Diskussion auf Länderebene ein, denn um den humanitären Bedarfen gerecht zu werden, sollten diese Gespräche so nah wie möglich an den tatsächlichen Kontexten mit den betroffenen Gemeinschaften und lokalen Helfer/-innen geführt werden. Abschließend lässt sich anmerken, dass eine gemeinsame humanitäre Antwort auf Covid-19 als Katalysator für mehr Effizienz und Fortschritte in Schlüsselbereichen dienen kann, um den wahren Quid-pro-quo-Geist des Grand Bargain umzusetzen. Die großen Herausforderungen, von denen wir angesichts vieler Krisen und riesiger Bedarfe weltweit stehen, erfordern weitere gemeinsame

Anstrengungen des humanitären Systems. In enger Partnerschaft mit einer Vielzahl von Akteuren befindet sich Deutschland diesbezüglich bereits auf einem guten Weg und wir würden es sehr begrüßen, wenn noch mehr Geber diesem Beispiel folgen würden. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Dann hat als nächste das Wort, auch in der Webex-Konferenz, Frau Lumpp.

Sve **Katharina Lumpp** (Vertreterin des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) in Deutschland): Vielen Dank und auch herzlichen Dank im Namen von UNHCR für die Einladung zu dieser Anhörung. Wie einige von Ihnen vielleicht wissen, habe ich die letzten drei Jahre das UNHCR-Büro in der Türkei geleitet und bin erst seit Anfang dieses Jahres wieder in Berlin. Insofern freut es mich sehr, schon so früh in meiner zweiten Amtszeit in Deutschland mit Ihnen über diese Themen in Austausch treten zu können. Es hat mich auch gefreut zu sehen, dass der Ausschuss sich in der Vergangenheit intensiv mit den Entwicklungen seit dem humanitären Weltgipfel und insbesondere mit dem Grand Bargain beschäftigt hat. Ich denke, daran zeigt sich, dass die in Istanbul gemachten Selbstverpflichtungen in Deutschland sehr ernst genommen werden und dass die zunehmend wichtige Rolle, die Deutschland international im Bereich der humanitären Hilfe eingenommen hat, vom Bundestag mitgetragen wird. Ich möchte zunächst auf wichtige Fortschritte sowie Herausforderungen im Hinblick auf die Verwirklichung der Ziele des Grand Bargain eingehen und danach noch kurz ein Thema ansprechen, das ebenfalls eine Herausforderung ist und bleibt: der humanitäre Zugang. Zunächst zum Grand Bargain: Ein vorläufiges Fazit des Grand Bargain braucht den Blick auf seine ursprünglichen Ziele, vereinfacht gesagt ein quid pro quo von mehr Effizienz und Transparenz seitens humanitärer Organisationen im Gegenzug für mehr Vertrauen und Flexibilität seitens der Geber. Der Erfolg sollte daher mit Blick auf diese grundsätzliche Zielsetzung beurteilt werden. Viele Akteure, auch UNHCR, haben stark in die Umsetzung des Grand Bargain investiert. Der unabhängige Bericht für das Jahr 2020 zum Grand



Bargain kommt zu dem Schluss, dass dieser als Mechanismus geeignet ist, Veränderungen in der humanitären Hilfe anzustoßen und zu fördern. Das entspricht auch unseren Erfahrungen bei UNHCR. Dabei sind die Resultate in den Arbeitssträngen nach fünf Jahren sicherlich sehr gemischt. Zu den Arbeitssträngen, in denen aus unserer Sicht wichtige Fortschritte erzielt werden konnten, gehört, wie von anderen auch genannt, die Bargeldhilfe. Auch UNHCR hat das Ziel erreicht, seit 2015 die in Bargeldhilfeprogramme investierten Mittel zu verdoppeln. Im letzten Jahr hat UNHCR Bargeldhilfeprogramme in 100 Ländern umgesetzt, die 8,5 Millionen Menschen zugutekamen. Auch die Koordinierung unter Partnern ist inzwischen wesentlich effektiver. Gemeinsame Bargeldhilfemechanismen unter anderem mit WFP, UNICEF und OCHA gibt es in nunmehr 25 Ländern. Die Vorteile von Bargeldhilfeprogrammen wurden während der Pandemie besonders deutlich. Betroffene entscheiden selbst, wofür sie die Hilfe am dringendsten benötigen. Und dank neuer Technologien ist Bargeldhilfe eine schnelle, praktikable und sichere Form der Hilfe, auch weil sie mittlerweile vielerorts kontaktlos erfolgen kann. Auch das quantitative Ziel der Lokalisierung, 25 Prozent der Programmausgaben über lokale und nationale Partner umzusetzen, haben im vergangenen Jahr zehn Unterzeichner des Grand Bargain erreicht. Der Grand Bargain, als auch die Pandemie haben diese Bemühungen weiter vertieft. Neben dem gestiegenen finanziellen Volumen wurden von UNHCR auch Maßnahmen ergriffen, die dem Kapazitätsaufbau von nationalen und lokalen Partnern dienen und Mehrjährigkeit ermöglichen. Alle UNHCR-Partner verwenden nun das einheitliche Berichterstattungsformat, das vom Auswärtigen Amt mit entwickelt wurde und, wie von meinem WFP-Kollegen erwähnt, ein gemeinsames UN-Partnerportal reduziert den Verwaltungsaufwand für lokale und nationale Partner. Neben diesen und anderen Fortschritten, die wir bei der Umsetzung des Grand Bargain sehen, stellen sich aus unserer Perspektive konkret zwei Herausforderungen. Insgesamt geht der Trend in der Zweckbindung der zur Verfügung gestellten Mittel nicht in die richtige Richtung. Und sogenannte Assessments oder Evaluierungen durch Geber nehmen zu statt ab. Diese haben sich,

nach einer Studie seit 2016 mehr als verdoppelt. Deutschland ist ein guter und verlässlicher Geber und mittlerweile der zweitgrößte für humanitäre Hilfe weltweit. Doch nicht überall sieht es aus unserer Erfahrung so aus. Wir würden uns wünschen, dass Deutschland sein Gewicht einsetzt, damit auch andere Geberländer flexibler werden, mehr Vertrauen zeigen und sich bei den erwähnten Assessments besser abstimmen. Mit Blick auf die Ziele des Grand Bargain wäre dies ein wichtiger Beitrag. Es bedarf noch mehr verlässlicher und flexibler Geber, damit humanitäre Hilfe effizient geleistet werden kann, gerade auch angesichts der Herausforderungen der Pandemie und ihrer Folgen. Ebenfalls eine große Herausforderung bleibt der humanitäre Zugang in vielen Krisen, ein Thema, dem sich auch das Auswärtige Amt in den vergangenen Jahren kontinuierlich gewidmet hat und bei dem wir auf deutsche Unterstützung zählen können. Die Covid-Pandemie hat humanitäre Organisationen, wie alle, diesbezüglich vor neue Herausforderungen gestellt. Auch wir mussten uns umorganisieren, Hygienekonzepte entwickeln und umsetzen, um gemäß der Devise „stay and deliver“ weiterhin Hilfe leisten zu können. vielerorts waren es in der Tat die Betroffenen selbst, die sich als Freiwillige oder in lokalen Gruppen mit unserer Unterstützung in ihren Gemeinschaften eingesetzt haben, um sich und andere gegen die Pandemie zu schützen. In der Pandemie hat sich also nochmals deutlich gezeigt, wie zentral Partizipation und Community based approaches, auch Anliegen des Grand Bargain, in der humanitären Hilfe sind. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Die **Vorsitzende:** Herzlichen Dank. Dann hat als nächste Sachverständige, auch in der Webex-Konferenz, das Wort Frau Schick.

Sve **Kathrin Schick** (Direktorin von Voluntary Organisations in Cooperation in Emergencies VOICE, Brüssel): Ganz herzlichen Dank. Sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren, vielen Dank für die Einladung, hier vor dem Ausschuss zu diesem wichtigen Thema sprechen zu können. Leider kann ich heute wegen Auflagen auf beiden Seiten der Grenzen nicht persönlich da sein. Ich freue mich trotzdem, auf



diesem Wege zugeschaltet zu sein. VOICE ist der Dachverband von 88 europäischen NGOs, NROs, die humanitäre Hilfe leisten, gerade auch in dieser Covid-Pandemie. In Deutschland haben wir zwölf Mitglieder. An dieser Stelle möchte ich gerne betonen, dass die NROs weltweit den größten Teil der humanitären Hilfe leisten, zusammen mit dem Rotem Kreuz und UNO-Organisationen. Die größte Herausforderung, auch für die NROs, ist der Zugang zu den betroffenen Menschen, speziell in Konflikten wie im Jemen, Syrien, Somalia und dem Sahel, aufgrund der Missachtungen des internationalen humanitären Völkerrechts. Das wichtigste Anliegen ist daher für uns die dringende Notwendigkeit, politische Lösungen zu finden. Das sollten alle Parteien im Wahlkampf als wichtige Priorität für die Außenpolitik definieren. Auch Minister Müller hat im Rahmen der Geberkonferenz zum Jemen die Notwendigkeit unterstrichen, politische Lösungen zu finden. In Konflikten bezahlen die humanitären Helfer/-innen viel zu oft mit ihrem Leben. Allein im Kongo sind letztes Jahr zehn ums Leben gekommen, 20 weitere wurden verschleppt. Die aktuelle Covid-Pandemie und langanhaltende Konflikte lassen den humanitären Bedarf drastisch steigen. Es ist daher von größter Wichtigkeit, den existierenden Reformprozess des Grand Bargain im Juni für mehrere Jahre fortzuführen, um mehr Effizienz und Effektivität in der Bereitstellung der humanitären Hilfe zu erreichen. Das Auswärtige Amt unterstützt diese Forderung und sollte dabei weiterhin eine wichtige Rolle spielen. Ein ganz wichtiger Punkt ist hier die Harmonisierung und Vereinfachung der administrativen Anforderungen an die NROs bei Projektbeantragung, Durchführung mit der Berichterstattung, aber auch mit Blick auf Audits. Für lokale NROs werden die bürokratischen Regeln oft zu einer unüberbrückbaren Hürde. Auch die Sanktionen und Verordnungen gegen den Terrorismus erschweren immer mehr die humanitäre Arbeit, da die humanitären Prinzipien der politischen Unabhängigkeit, Unparteilichkeit und Neutralität nicht mit Sicherheitspolitik verbunden werden können. Sonst gefährdet dies sowohl den Zugang als auch die betroffenen Menschen sowie die NROs. Langfristige und flexible Finanzierungen sind für die NROs ein weiteres wichtiges Thema im zukünftigen Grand Bargain. Ziel ist es, den sogenannten

Humanitarian-Development-Nexus auch vor Ort in den Krisen anzuwenden. Das kann dazu beitragen, dass die lebensrettende Aufgabe der humanitären Hilfe auch mit Wiederaufbau und langfristiger Entwicklung verbunden werden kann. So kann man einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass die betroffenen Menschen widerstandsfähiger für zukünftige Krisen werden. Ganz herzlichen Dank.

Die Vorsitzende: Dann herzlichen Dank auch an Sie. Last but not least, hier im Ausschusssaal, Ralf Südhoff für das CHA.

SV Ralf Südhoff (Leiter des Centre for Humanitarian Action in Berlin): Herzlichen Dank auch von mir für die Einladung. Frau Jensen, liebe Abgeordnete, wir freuen uns, erneut hier sein zu dürfen, wir freuen uns vor allem auch über die Anhörung. Es ist uns ein wichtiges Anliegen, solche wichtigen politischen Themen auch in den Ausschuss und in die deutsche Debatte zu bringen. Wir freuen uns auch, weil der Zeitpunkt glaube ich sehr, sehr wichtig ist. Die Anhörung kommt in einem Jahr, das womöglich rückblickend mal, wenn es gut läuft, als eine Zäsur der humanitären Hilfe benannt werden könnte. Die Covid-19-Pandemie hat viele Herausforderungen massiv unterstrichen, die gleichzeitig ein Trend sind und strukturell die humanitäre Hilfe vor ihre größte Herausforderung seit vielen Jahren stellt. In aller Kürze, erstens: Die humanitäre Hilfe ist heute so wichtig, wie selten zuvor. So viele Menschen sind in Not wie noch nie, und gleichzeitig sind die Bedarfe, ihnen zu helfen, in finanzieller Hinsicht, heute zwanzigmal höher als noch vor 20 Jahren. Zweitens: Die Prinzipien für eine unparteiische neutrale Hilfe sind so gefährdet wie seit dem kalten Krieg zumindest nicht mehr, und auch die Covid-Pandemie hat dies eher verstärkt. Die Maßnahmen zum Shutdown auch im globalen Süden haben die Zivilgesellschaft stark beeinträchtigt und damit auch vielfach humanitäre Helferinnen und Helfer, ihren Zugang und ihre Arbeit. Drittens muss die humanitäre Hilfe sich genau deswegen grundlegend verändern und wir glauben, dass der Grand Bargain dafür ein ganz wichtiges Instrument und ein ganz wichtiger Prozess ist. Warum glauben wir das? Wir haben versucht, das



in zehn Thesen in unserem Statement zusammenzufassen für den schnellen Leser. Ich versuche einmal, fünf davon herauszugreifen in aller Kürze. Erstens: Der Grand Bargain ist aus unserer Sicht ein so inklusiver und umfassender Prozess wie kein zweiter, weil er Regierungen, Nichtregierungsorganisationen, internationale Organisationen, wie auch Rotkreuz- und Roter Halbmond-Bewegung, zusammen bringt. Zweitens: Nach fünf Jahren hat der Grand Bargain es aus unserer Sicht geschafft, auf der Mikroebene durchaus Pilotprojekte und Programme anzustoßen, die großes Potential mit sich bringen und vielversprechend sein können. Innovationen wie Bargeldprogramme wurden schon angesprochen. Doppelt so viel Hilfe wird heute in Bargeld weltweit geleistet, was prinzipiell, wenn es möglich ist, eine viel würdevollere und viel flexiblere Hilfe für Menschen vor Ort ist. Bürokratieabbau war auch schon genannt. Drittens: Aus unserer Sicht hat es der Grand Bargain gleichzeitig nicht geschafft, wirklich Prozesse zu verändern, also sein eigentliches Ziel zu erreichen. Der Grand Bargain wollte auf der Makroebene die humanitäre Hilfe in ihren Prozessen und auch in einer gewissen Systemrelevanz verändern. Das ist aus unserer Sicht noch nicht gelungen. Woran kann man das festmachen? Beispiel Lokalisierung: Eine Revolution der Partizipation, dass die Betroffenen selbst auch zu Wort kommen, dass sie gehört werden und dass ihre Vertretungen auch in den entscheidenden Prozessen, in den Ländern selbst beispielsweise im Management, in die Entscheidungen eingebunden sind. All das hat sehr, sehr wenige Fortschritte erzielt. Festgemacht wird das vielfach an der finanziellen Seite. 25 Prozent der humanitären Hilfe sollte an lokale Helferinnen und Helfer gehen, das erlaubt auch noch mit dem Umweg über eine internationale Organisation, die dies vermittelt. Auch das haben nur etwa zehn der Unterzeichner des Grand Bargain erreicht. Die direkte Hilfe, beispielsweise in der Covid-Pandemie, die direkt an lokale Helferinnen und Helfer ging, betrug nicht einmal ein Promille. Dass diese Prozesse und eine gewisse Systemrelevanz nicht erreicht wurden, lässt sich auch festmachen an Querschnittsthemen. Der Nexus war schon genannt, eine bessere Verzahnung von humanitärer Hilfe, von entwicklungspolitischen

Fragen und vor allem auch von Friedensfragen. Wenn 80 Prozent der humanitären Hilfe heute in Konflikte gehen muss, sind wir tatsächlich auch nicht wirklich weiter gekommen. Das betrifft sowohl die internationale Ebene wie auch deutsche Debatten. Es droht vielfach eine Instrumentalisierung dieser Verzahnung, statt ihre Potentiale, die wir wirklich sehen, zu nutzen. Aus unserer Sicht ist die Bilanz des Grand Bargain daher vielfach gemischt. Man würde vielleicht im humanitären Jargon sagen, es gab viele Outputs, viele Initiativen, aber die Outcomes, die eigentlichen Wirkungen, wurden noch nicht erzielt. Das richtet sich aber keineswegs nur an Regierungen – vielfach wird der Grand Bargain ja mehr als ein geberorientierter Prozess debattiert. Sondern es ist eine Verantwortung von Hilfsorganisationen, von Nichtregierungsorganisationen, der UN, wie auch von Regierungen selbst. Eine gewisse Rosinenpickerei, sich Projekte herauszusuchen, wo man gut da steht, die die eigene Organisation auch voranbringen und andere eher zu vernachlässigen und begrenzt auch über diese und die eigenen Verpflichtungen zu berichten, wird auch vielfach konstatiert. Aus unserer Sicht ist es deswegen ein wichtiger Schritt, eine Fokussierung auf wenige strategische Themen des Grand Bargain jetzt anzudenken und diese tatsächlich transparent und nachvollziehbar voranzubringen. In dem Sinne würden wir uns freuen, wenn auch die Bundesregierung schwerpunktmäßig drei Bereiche voranbringen könnte in einem hoffentlich folgenden Grand Bargain-Prozess. Einmal Lokalisierung: Beispielsweise auf ganz praktische Art und Weise könnte die Kooperation auf Augenhöhe zur Förderung von Organisationen ein entscheidendes Kriterium werden unter der Fragestellung, warum nicht mit lokalen Partnerinnen und Partnern gearbeitet wird. Warum ist dies nicht möglich, was vielfach auch der Fall ist? Aber wenn das möglich ist, muss es eben auch geschehen. Verwaltungsausgaben, Investitionen in die Kapazitäten von lokalen Partnerinnen und Partnern müssen gefördert werden und auch von ihren Partnerorganisationen gefördert werden, Verwaltungsmittel weitergeleitet werden, die dann auch vom Auswärtigen Amt anteilig mitfinanziert werden könnten. Das fordern dann auch NGOs selbst wie Oxfam und Caritas beispielsweise. Das Potential



der Lokalisierung fasse ich vielleicht zusammen mit einem Zitat einer führenden NGO-Repräsentantin aus Deutschland: „Wer steckt schon freiwillig alle seine Energie in das Projekt, sich selbst abzuschaffen?“ Ich nenne kurz die anderen zwei Themen. Das ist die Qualität der humanitären Finanzierung: Mehr mehrjährige, mehr flexible Förderungen. Die Bundesregierung hat hier Fortschritte erzielt mit mehrjährigen Förderzusagen. NRC, IRC haben sehr gute Vorschläge gemacht. Zusammenfassendes Zitat: „Es scheint kein großes Interesse der Geber zu geben, diese Vorschläge aufzugreifen.“ Deutschland ist hier sicherlich eher ein positives Beispiel. Drittes Element: Gender-, geschlechtersensible humanitäre Hilfe voranzubringen, aber jenseits von einem Box-Ticking wie „es werden auch Frauen und Mädchen gefördert, also ist das doch ein gendersensibles Projekt“, sondern etwas, das wirklich Machtverhältnisse ändert, wäre ganz entscheidend. Zitat: „Vom Thema Gender hört man vor allem, dass es dieses gibt.“ Letzter Punkt: Wie sollte es im Grand Bargain weitergehen? Wir glauben, dass es in der Tat mehr Kohärenz zu schaffen gilt im Grand Bargain selbst, humanitäre Prinzipien zu achten und institutionell auch Veränderungen kommen. Im Auswärtigen Amt ist beispielsweise, um es an einer Stelle ganz konkret zu machen, bis heute die humanitäre Hilfe Teil der Abteilung Stabilisierung und Sicherheit. Wir glauben, es braucht eine eigene Abteilung H für humanitäre Hilfe und einen Außenminister, der der humanitären Hilfe die Priorität gibt, die sie verdient. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Wir starten in unsere Fraktionsrunde. Der Erste, der eine Frage stellen möchte für die CDU/CSU-Fraktion, ist Frank Heinrich. Bis zu zwei Minuten.

Abg. **Frank Heinrich** (Chemnitz) (CDU/CSU): Ich habe zwei Fragen. Aber erst einmal ein großes Dankeschön, dass Sie hier sind und dass Sie dem Thema Priorität geben. Wir haben aus Ihrer Runde teilweise die Stimme gehört, wir sollen ihm auch in unserem Ausschuss mehr Priorität geben, was wir hier mit diesem Thema auch ein bisschen tun. Eine Frage an Sie, Frau Iseli. Sie haben von dem Plus und Minus gesprochen, auch in dem, was Sie uns zugearbeitet haben, zu wenig, zu langsam,

manchmal auch zu inkongruent oder nicht konstruktiv genug. Jetzt haben wir am Montag von diesem potentiellen Zufluss gehört, der ist viel zu wenig. Ein täuschendes Ergebnis. Wir teilen das flexibel auf zwischen Auswärtigem Amt und dem BMZ. Ich würde Ihnen zum Jemen gern eine Frage stellen, da sind Sie als Welthungerhilfe tätig. Sie sagen, dass auch humanitäre Hilfe verhindert und Völkerrecht gebrochen, die Bevölkerung ausgehungert wird. Da würde ich gerne wissen, ob Sie ein bisschen näher ausführen können, welche konkreten Schritte dringend unternommen werden müssten, um humanitäre Hilfe dort noch besser zu ermöglichen. Das Beispiel mit den Heuschrecken, die in den Startlöchern sind, das war sehr deutlich. Wie können Ihrer Meinung nach die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. An Sie, Herr Südhoff: Sie haben in der Stellungnahme zu dem Ziel geschrieben und manches davon jetzt auch gerade wiederholt, dass es zu einem systemischen Kulturwandel kommen müsste. Und Sie sagen, wie müssen natürlich gucken, dass das Geld auch tatsächlich vor Ort ankommt, Lokalisierung, und weisen auf die Rolle von Mittlerorganisationen in dem Zusammenhang hin. Können Sie ein bisschen tiefer gehen? Welchen Beitrag könnten diese zu dieser Erreichung des Zieles beitragen? Und eine Nachfrage, die Lokalisierung und die Entbürokratisierung stehen manchmal in einem Widerspruch oder in einer Spannung zueinander. Wie ist das besser auflösbar? Danke.

Die **Vorsitzende**: Zunächst hat Frau Iseli das Wort, bis vier Minuten, und dann Herr Südhoff.

Sve **Bettina Iseli** (Programm-Direktorin der Deutschen Welthungerhilfe e. V.): Herzlichen Dank für die Frage. Die Hilfe in Jemen, die die Welthungerhilfe durchführt, leisten wir mit einem Partner, der direkt vor Ort ist, unter sehr schwierigen Bedingungen. Wir sind sowohl im Norden als auch im Süden tätig und müssen uns mit den jeweiligen Gegebenheiten der lokalen, machthabenden Regierungen im Prinzip arrangieren, um Hilfe leisten zu können. Aus meiner Sicht ist Jemen ein gutes Beispiel, wo sehr vieles gelöst werden könnte, wenn man vehemente politische Lösungen andenken wollen würde. In der Tagesschau war der Herr Maas, der



hat noch einmal unterstrichen, dass das so nicht weitergehen kann. Aber im Prinzip müsste man global schauen, wie man über UN-Mechanismen diesen Konflikt stoppen kann. Solange diese Ursache nicht behoben ist, also der Konflikt nicht aufhört, wird es nicht dazu führen, dass wir weniger Bedarfe haben. Jemen ist auch ein gutes Beispiel für diesen eingegengten Handlungsspielraum, von dem ich gesprochen habe. Als Welthungerhilfe, um uns zu registrieren, das sehen wir an der Art und Weise, wie das ein Partner von uns gemacht hat, das hat acht Jahre gedauert, bis eine formelle Registration vor Ort zur Verfügung stand, so dass man überhaupt tätig werden konnte. Der Partner, mit dem wir arbeiten, der kann jetzt agieren. Aber daran sehen wir, wie eingeschränkt dann eigentlich aufgrund von Vorgaben, also Regierungsvorgaben, überhaupt der Handlungsspielraum ist, und insofern glaube ich, bräuchte es genau in solchen Konflikten ein wirklich vehementes Vorgehen für eine politische Lösung, im Wissen, dass das schwierig ist. Sonst wird sich die Situation der hungernden Menschen nicht verändern.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Herr Südhoff, vier Minuten.

SV **Ralf Südhoff** (Leiter des Centre for Humanitarian Action in Berlin): Vielen Dank für die Frage, Herr Heinrich. Zum Kulturwandel zwei Beispiele vielleicht in aller Kürze. Stichwort Innovationen in der humanitären Hilfe: Ein Kulturwandel, der eine Fehlerkultur erlaubt, der erlaubt, Dinge auszuprobieren, der nicht mit dem Klischee suggeriert, jeder Euro, der gespendet oder zugewandt wird, kommt natürlich an, was ein absurdes Versprechen ist und natürlich niemand halten kann, wäre ein Kulturwandel, der in dem Bereich, glaube ich, wichtig wäre und der humanitären Hilfe auch insgesamt gut täte. Aber Sie fragten auch speziell nach dem Stichwort Lokalisierung. Ein Kulturwandel, der von uns allen, es gibt auch eine umfassende Rassismusdebatte im humanitären Sektor, der von uns allen endgültig fordert, eine Haltung abzustreifen von dem weißen männlichen humanitären Helfer, der in den Süden geht und den armen Menschen Gutes tut. Dass es dort noch vielfach Handlungsbedarf gibt, ist, glaub ich auch

unbestritten, und ist eben im Grunde auch so ein bisschen der Kern dessen, warum es allein schon aus dem Grund notwendig ist, die Menschen vor Ort in Entscheidungsprozesse einzubinden, ihnen Gelegenheit zu geben, ihre realen Bedürfnisse wirklich zu äußern und zu definieren, die Hilfe auch zu kritisieren. Dort ist vieles auch passiert, auch in Form von Hotlines und innovativen Instrumenten, die Menschen auch tatsächlich zu befragen, selbst wenn sie quasi unerreichbar sind. Aber es gibt eben auch noch sehr, sehr große Herausforderungen, gerade in den Entscheidungsgremien, beispielsweise in den Clustern vor Ort, in den Gremien, die die sogenannten Pool-Fonds, die gemischten Fonds, die ein ganz spannendes Instrument der Zukunft sein können, in denen aber wiederum lokale Vertreterinnen und Vertreter kaum etwas zu sagen haben. Das zu verändern, ist ganz wichtig. Gleichzeitig, sie hatten nach den Mittlerorganisationen gefragt, ist es sehr wichtig, auch nicht naiv zu sein. Die Lokalisierungsdebatte schwankt auch ein bisschen zwischen denen, die sagen, das muss man natürlich die Menschen vor Ort entscheiden lassen, und einer durchaus auch vielfach legitimen und effektiven Hilfsmaschinerie, die ganz anders funktioniert. Mittlerorganisationen, wie beispielsweise die hier anwesenden, können eine ganz wichtige Rolle spielen, weil sie vor Ort Projekte koordinieren, monitoren und auch die internationale Perspektive und Professionalität nach Standards dieses Systems einbringen können. Aber das ist eben nur eine Rolle, und die muss man natürlich auch bezahlen. Also die Kritik an den Verwaltungskosten, die dann eine Kette von Organisationen mit sich bringt, ist natürlich berechtigt. Es ist aber auch keine Lösung, dem Auswärtigen Amt mit seinen 60 Personen, die sich um humanitäre Hilfe und ein Budget von zwei Milliarden Euro kümmern müssen, zu sagen, koordiniert doch jetzt bitte jedes kleine Projekt in jedem Land. Das ist natürlich eine Überforderung, wo es auch legitim ist, dass das Auswärtige Amt sagt: Das können wir prinzipiell nicht leisten.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Dann hat jetzt als Nächster Jürgen Braun für die AfD-Fraktion das Wort, bis zu zwei Minuten.



Abg. **Jürgen Braun** (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kollegen, vielen Dank an die Experten, die einiges an Informationen sehr vielseitig vorgetragen haben. Das ist auch der Sinn einer solchen öffentlichen Anhörung, dass wir als Abgeordnete um einiges klüger aus der Sache wieder rausgehen, als wir reingegangen sind. Und gerade beim Grand Bargain gibt es viele Aspekte, die von uns aus Berlin nicht immer so einfach zu durchschauen sind. Das muss man ganz klar festhalten. Das fängt schon an mit der Begrifflichkeit, dass viele Menschen, wenn man von Grand Bargain spricht, irgendeine andere Vorstellung haben. Das ist ein beliebter Begriff, der immer quasi einen großen Wurf, ein großes Vertragswerk signalisieren soll. Wir versuchen es nun bei der humanitären Hilfe und die Vertragsstaaten machen das schon sehr lange. Dennoch ist bei dem Bericht des HPG doch manches recht nüchtern, um nicht zu sagen ernüchternd. Die Abmachung funktioniert nicht, sie werde zu einem nutzlosen Rahmenwerk. Herr Dr. Böhnke, Sie haben jahrzehntelang mit diesen internationalen Organisationen zu tun gehabt. Ich frage mich, ist der Grand Bargain an der Stelle nicht gescheitert, wenn man das nach mehreren Jahren feststellen muss. Oder was könnte man daran ändern? Und die zweite Sache, auch sehr kritisch in dem HPG-Report, ist ein nicht hilfreiches Auseinanderklaffen von Sichtweisen, was Effizienz bedeutet. Das ist interessant, dass nach mehreren Jahren so ein entscheidender Begriff, ein eigentlich klarer Begriff wie Effizienz, doch offenbar zu Streitigkeiten führt. Wie soll das dann weitergehen, wenn es an der Stelle schon hapert?

Die **Vorsitzende**: Dankeschön. Herr Dr. Böhnke, dann haben Sie jetzt, bis zu vier Minuten, das Wort.

SV Dr. **Rolf Böhnke** (Diplomat a. D.): Vielen Dank. Ist der Grand Bargain gescheitert? Wenn man das streng sieht, hohe Anforderungen stellt, dann könnte man das so sagen. Er hat ja nicht das Ziel, was man sich 2016 vorgestellt hat, umfassend erreicht. Aber man muss auch sehen, dass das natürlich im Grunde ein soziales Experiment war, diese Organisationen alle zusammenzuführen.

Von daher konnte man eigentlich nicht erwarten, dass das hundertprozentig erfüllt wird, so wie es geplant war. Und die Frage ist nun, was könnte man besser machen. Nach meiner Auffassung müsste man sich jetzt überlegen, welche Bereiche sind strategisch und welche von diesen strategischen Bereichen lassen sich umsetzen. Diese sollte man herausgreifen und weiter daran arbeiten. Denn es ist keine Frage, dass die humanitäre Hilfe notwendig ist und dass sie auch fortgeführt werden soll. Und die Frage mit der Effizienz, das ist eine wichtige Frage, weil wir nicht wollen, dass das Geld versickert. Das könnte man woanders dann besser einsetzen. Sondern wir wollen, dass die Mittel so eingesetzt werden, dass sie wirklich die Hilfsbedürftigen erreichen, und das steckt letztendlich hinter dem Begriff Effizienz. Dazu hat man auch im Grand Bargain verschiedene Ansätze gemacht. Das ist im Grunde ein fortlaufender Prozess, den man weiter verfolgen muss, denn man muss die Hilfsleistungen anpassen an die jeweilige Situation. Von daher ist das Gebiet Effizienz wichtig, das Sie angesprochen haben, weil wir wollen, dass das beste Ergebnis für jeden Euro, den wir geben, erzielt wird.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Dann hat jetzt für die SPD-Fraktion Frau Özoğuz das Wort, bis zu zwei Minuten an bis zu zwei Sachverständige.

Abg. **Aydan Özoğuz** (SPD): Ganz herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. Ich will mich zunächst an Frau Lumpp wenden. Noch einmal ganz herzlichen Dank aber an alle Sachverständigen, dass Sie hier sind und uns Ihre Berichte geben, die für uns ganz wichtig sind. Was schon mehrfach angesprochen wurde, ist dieses Grand Bargain-Ziel der Bargeldhilfe. Der Stellungnahme von Frau Lumpp ist zu entnehmen, dass der UNHCR die in Bargeldhilfeprogramme investierten Mittel in den letzten fünf Jahren mehr als verdoppelt hat, was neben einer größeren Flexibilität auch die Stärkung lokaler Märkte verbindet. Ich würde gern wissen, in welchem Verhältnis die Bargeldhilfe zu den Sachleistungen und diesen zweckgebundenen Gutscheine beim UNHCR steht. Macht es Sinn, eine weitere Erhöhung dieses Anteils zu haben und vor allen Dingen, an welche Länder denken Sie im Besonderen? Und, weil jetzt auch einige



Male der Bürokratieabbau vor Ort angesprochen wurde. Sie hatten das, glaube ich, Frau Iseli gerade angesprochen. Inwieweit denken Sie, ließe sich das eben auch relativ kurzfristig verwirklichen? Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Dankeschön. Dann würde jetzt zunächst Frau Lumppp in der Webex-Konferenz bis zu vier Minuten das Wort haben.

SVe **Katharina Lumppp** (Vertreterin des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) in Deutschland): Vielen Dank für die Frage. In der Tat haben wir Bargeldhilfeprogramme in den letzten Jahren massiv ausgeweitet. Im Jahr 2015 hatten wir Bargeldhilfeprogramme in 33 Ländern und jetzt, im letzten Jahr waren es mehr als 100. Insofern haben wir das Ziel der Verdoppelung von Bargeldhilfeprogrammen im letzten Jahr erreicht. Es hat sich auch gerade in der Covid-Pandemie gezeigt, dass diese Bargeldhilfeprogramme von großem Vorteil sind und in 65 Operationen wurden sie entweder initiiert oder bestehende Programme konnten einfach ausgeweitet werden. Was zweckgebundene Bargeldhilfe, also Gutscheine, und ungebundene anbelangt, ist das Verhältnis bei uns so: 95 Prozent sind nicht zweckgebunden und fünf Prozent sind Gutscheine oder Vouchers. Im Jahr 2020 war es so, dass die Bargeldhilfeprogramme den Anteil an Sachleistungen übertroffen haben und wir auch eine Strategie verfolgt haben, dass Bargeldhilfeprogramme der Standard sind, also auf Sachleistungen nur dann zurückgegriffen werden kann, wenn Bargeldhilfe aufgrund der lokalen Gegebenheiten nicht möglich ist. Wenn es beispielsweise keine zuverlässige Registrierung, wenn es kein funktionierendes Bankensystem gibt oder wenn der lokale Markt die Bedarfe nicht decken kann – das ist jeweils sehr kontext- und sehr situationsspezifisch. Aber im Grunde können Sie davon ausgehen, dass wenn eine Situation, eine Krise oder wenn neue Bedarfe entstehen, wir zunächst prüfen würden, ob Bargeldhilfe ein effizientes Mittel ist und der Kontext das erlaubt.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Dann hat Frau Iseli das Wort, bis vier Minuten.

SVe **Bettina Iseli** (Programm-Direktorin der Deutschen Welthungerhilfe e. V.): Herzlichen Dank für die Frage zum Thema Bürokratieabbau oder Vereinfachung von Förderbedingungen. Ich denke, und deswegen stehen wir auch so positiv zum Grand Bargain, dass ganz viele Pilotprojekte bereits angestoßen worden sind. Ich glaube, durch Cash Cards, digitale Lösungen wird auch viel an Bürokratie abgebaut. Wir sind dabei, digitale Lösungen zu entwickeln bzw. einzuführen, die beim ganzen Thema Bedarfsassessment sehr viel weniger Papier bringen werden. Es gibt ganz vieles im Bereich Digitalisierung, das man aufnehmen, aufgreifen und weitertreiben kann. Ganz spezifisch zum Thema Bürokratie in der Beziehung zwischen Nichtregierungsorganisationen und Gebern wurden gute Pilotprojekte angestoßen. Ralf Südhoff hatte einige davon schon erwähnt. Ich nenne einmal das Thema „money where it counts“, wo es darum geht, wie eigentlich Kosten verrechnet werden. Da hat jeder Geber andere Kosten, sogar innerhalb eines Gebers. Manchmal wird das pro Förderlinie unterschiedlich gehandhabt. Sich zusammzusetzen und zu sagen, was sind die Kosten, die man abrechnen kann und welche nicht und dass das einheitlich ist, das wäre zum Beispiel ein großer Schritt in die richtige Richtung. Es ist bereits sehr viel Vorarbeit geleistet worden. Auch das ganze Thema „harmonized rebooting“, da gibt es auch Pilotierungen, diese 8+3-Formate, also dass acht Themen in einem Bericht über ein spezifisches Projekt von allen Gebern sozusagen abgefragt werden, dann gibt es drei, die kann man sich aussuchen. Das wäre auch ein Schritt in die richtige Richtung, wo sehr viel schon gemacht worden ist. Was ich angesprochen hatte, zum Thema Programmfinanzierung: Das Auswärtige Amt macht da auch Pilotprogramme, die man auf jeden Fall auswerten und wo man schauen sollte, was davon man weitergehen kann. Ich denke, es sind ganz viele Ideen auf der Mikroebene, wie Ralf das sagen würde, angestoßen worden, ausprobiert worden. Die müsste man jetzt auswerten, umsetzen und vorwärts treiben und zwar mit einer Kraft, die die deutsche Bundesregierung auch hat, als zweitgrößter humanitärer Geber. Ich glaube, da könnte Deutschland wirklich auch einen Unterschied machen.



Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Dann hat als nächster Kollege Peter Heidt für die FDP-Fraktion das Wort.

Abg. **Peter Heidt** (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, vielen Dank an die Damen und Herren Sachverständigen. Das ist ein sehr differenziertes Bild, was Sie dargestellt haben. Sie haben einen vorsichtig positiven Ansatz und als freier Demokrat finde ich es natürlich hervorragend, dass Sie gesagt haben, Bürokratieabbau ist ein Thema, bei dem es auch Fortschritte gibt. Nun ist es so, dass der sichere Zugang humanitärer Organisationen zu Menschen in schwer zugänglichen Konflikt- und Krisengebieten sich in den letzten Jahren nicht verbessert hat, eher im Gegenteil. In einer Reihe der bestehenden und neu entstehenden Konflikte, die auch noch immer länger dauern im Verhältnis zu früher, gehen die Herausforderungen dabei sowohl von Konflikten von nichtstaatlichen Gruppen als auch zunehmend von Staaten aus, die als Teil innerer Sicherheitsstrategien versuchen, humanitäre Hilfe ungestraft zu blockieren und sie zu manipulieren und zu kontrollieren. Da ist jetzt von mir an Herrn Knoch die Frage, welche hilfreichen Erfahrungen gibt es im Umfang mit der Instrumentalisierung von humanitärer Hilfe durch die zuständigen Regierungen. Das World Food-Programm hatte sich verpflichtet, bis 2020 mindestens 25 Prozent aller Ausgaben an Ersthelfer/-innen weiterzuleiten und da ist die Frage: Wie definieren Sie Ersthelfer und haben Sie dieses Ziel tatsächlich erreicht? Welches Ziel ziehen Sie aus der Erfahrung von WFP zur Frage der Lokalisierung und halten Sie diesen Anteil für ausreichend? Dann würde ich Herrn Südhoff noch kurz ansprechen: Sie haben von Projekten gesprochen auf Mikroebene und neben den traditionellen Akteuren der humanitären Hilfe gibt es auch Unternehmen, die sich im Bereich der humanitären Hilfe engagieren. Und Ziel des Grand Bargain war es, Zusammenarbeit zwischen allen Akteuren, eben auch im Privatsektor, zu verbessern. Da würde mich interessieren: Kennen Sie Pilotkooperationsprojekte mit der Privatwirtschaft und wie vielversprechend sind die, welche Gefahren sehen Sie?

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Dann hat jetzt das Wort Heiko Knoch in der Webex-Konferenz.

SV **Heiko K. Knoch** (Leiter des Büros des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen in Berlin): Vielen Dank für die Fragen. Zu Ihrer ersten Frage bezüglich Zugang und welche hilfreichen Erfahrungen das WFP in diesem Bereich gewonnen hat. Ich glaube, es ist wichtig, dass man zunächst den Kontext sehr gut verstehen muss. Insofern wären wir sehr dafür, eine Konfliktanalyse zu betreiben, um genau zu verstehen, welche Dynamiken sich vor Ort darlegen. Des Weiteren glaube ich, gibt es wichtige Instrumente. Zum einen eben die humanitäre Diplomatie. Da ist es eben auch so, dass wir natürlich sehr dankbar sind für Geber wie Deutschland, die den humanitären Access, den Zugang in Foren wie dem UN-Sicherheitsrat und dergleichen, auf die Agenda bringen und immer wieder anmahnen. Insofern ist es ganz wichtig für uns, dass diese humanitäre Diplomatie eben angewendet und geleveraged wird in dem Kontext. Ich glaube, man muss aber auch auf lokaler Ebene Verhandlungskapazitäten bilden und da spreche ich von den Teams, UN-Teams, die vor Ort sind, um mit Partnern die Kapazitäten zu stärken. Verhandlungen müssen auch vor Ort mit den verschiedenen Akteuren stattfinden, um an ungehinderten Zugang zur Zivilbevölkerung zu gelangen. Ich glaube, man muss auf beiden Ebenen arbeiten. Einmal auf der humanitären Diplomatieebene, aber auch vor Ort, mit den Akteuren, den UN-Country-Teams, den humanitären Teams, um Zugang zu verhandeln. Da ist es wichtig, dass Kapazitäten aufgebaut werden. Zu Ihrer zweiten Frage, den 25 Prozent: WFP arbeitet mit einer Vielzahl von Partnern zusammen. Wir haben vor Jahren schon eine Partnerschaftsstrategie entwickelt und da lag uns ganz besonders am Herzen, dass wir herausstellen, dass diese Partnerschaft von einem Transaktionsverhältnis hin zu einer wahren Partnerschaft sich verändert, wo wir die Partner einbeziehen möglichst von Anfang an, von Assessments, von Programmgestaltung etc. Und wir partnern mit 677 Organisationen. Das war 2019. Die große Mehrzahl davon sind nationale, lokale Organisationen. Wir haben also Partner, sowohl die Zivilgesellschaft vor Ort, als auch Community-based Organisationen, also



Gemeindeorganisationen, Bauernvereine, dergleichen. Über den Ressourcentransfer hinweg würde ich auch noch einmal den Kapazitätsaufbau als einen ganz wichtigen Punkt darstellen wollen. Auch hier sind wir auf einem guten Weg, es muss natürlich noch mehr getan werden. Mir fällt dabei ein Projekt ein, wo WFP zusammen mit der Föderation der Rotkreuz-/Rothalbmondgesellschaften in Burundi die lokale Rotkreuzgesellschaft unterstützt hat, Kapazitäten aufzubauen, damit in antizipativer humanitärer Hilfe dort Kapazitäten vorliegen, Frühwarnsysteme etabliert werden. Das ist ein Projekt, das über mehr als zwei Jahre gelaufen ist. Da haben wir die positiven Entwicklungen gesehen, wenn sich Partner zusammentun und investieren. Kosten, Verwaltungskosten wurden auch schon angesprochen. Da muss auch investiert werden, auch von Mittlerorganisationen, wie uns. WFP stellt seinen lokalen Partnern vor Ort bestimmte finanzielle Mittel zur Verfügung. Das sind ganz wichtige Eckpunkte, um das noch weiter auszubauen. Ich hatte in dem Eingangsstatement auch schon ein gemeinsames Projekt erwähnt, das UNHCR, UNICEF und andere UN-Organisationen ins Leben gerufen haben und bei dem es auch um Bürokratieabbau geht, um auch dieses Bewerbungsverfahren transparenter und einfacher zu machen. Unter den 14.000 registrierten Partnerorganisationen ist eine Vielzahl von lokalen Organisationen mittlerweile.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Dann als Nächster Herr Südhoff, vier Minuten.

SV **Ralf Südhoff** (Leiter des Centre for Humanitarian Action in Berlin):
Unternehmenskooperationen sind nicht Teil unserer Stellungnahme, aber aus meiner früheren Praxis kann ich gerne kurz berichten. Ich glaube, dass Sie einen wichtigen Punkt ansprechen, weil das Knowhow und die Expertise von privaten Unternehmen eine ganz wichtige Rolle spielen können in der humanitären Hilfe. Beispiel: DHL kann in der Logistik massiv seine Expertise und teils auch seine Kapazitäten in Noteinsätzen einbringen. Zum Beispiel in Cash-Programmen und ihrer Entwicklung können Bankpartner oder Kreditkarteninstitute wie Master Card sehr

hilfreich sein und waren es auch in der Vergangenheit. Ich wäre skeptisch andererseits bei der Frage von Prozessveränderungen und Zielen, wie sie auch der Grand Bargain definiert, wie Transparenz, wie Einbindung lokaler Partnerinnen und Partner und auch eine Legitimierung von Entscheidungen und ob dafür Privatkoooperationen das beste Mittel sind. Die bekannteste Debatte rankt beispielsweise stets um die großen Stiftungen, die auf der einen Seite große Mittel auch für humanitäre Hilfe zur Verfügung stellen, wie die Bill und Melinda Gates-Stiftung. Gleichzeitig ist sehr bedingt transparent, nach welchen Maßstäben wer dort Entscheidungen trifft, welche Entscheidungen warum getroffen werden und ob sie immer den Prioritäten der Menschen vor Ort entsprechen. Da gibt es schon Grenzen des Engagements im Sinne der Reformvorhaben und um diese voranzubringen. Ich hätte noch zwei Minuten, die ich offen gestanden dafür nutzen wollen würde, auf den HPG-Bericht zu kommen, den Sie angesprochen hatten. Es ist ein kritischer Bericht, der die Finger in die Wunde legt, der aber ganz klar sagt, dass die humanitäre Hilfe extrem wichtig ist und wir sie unbedingt voranbringen und den Grand Bargain-Prozess unbedingt voranbringen müssen, der also genau diesen Prozess schützt. Das muss man richtig verstehen, und Gleiches gilt auch für die Effizienzdebatte. Ich glaube, das ist eine wichtige Debatte. Woran messen wir denn, wie die humanitäre Hilfe wirkt, die auch sehr kompliziert ist, wenn man sich ihr widmet. Es ist viel effizienter in Gebieten, wo kein Konflikt und kein Krieg herrscht, hunderttausenden Kindern eine Bildung zu ermöglichen, indem man Schulen baut. Gleichzeitig ist es nicht unbedingt die Priorität der humanitären Hilfe, weil wir in einem Syrienkrieg, wo es viel schwieriger ist, den Menschen zu helfen, wo sie viel mehr Verluste haben werden, wo es auch viel teurer ist pro Person einem Menschen zu helfen, nach reiner Kosteneffizienz sagen müssen: Wir lassen alle Syrer verhungern und helfen den Kindern in Kamerun, wenn wir zu wenig Geld haben und wir haben immer zu wenig Geld. Das kann natürlich nicht das allein maßgebende Kriterium für humanitäre Hilfe sein, und deswegen ist es eine wichtige Diskussion und auch diese Effizienzdebatte eine legitime. Vielen Dank.



Die **Vorsitzende**: Dankeschön. Dann hat jetzt der Kollege Michel Brandt für die Fraktion der Linken das Wort, in der Webex-Konferenz.

Abg. **Michel Brandt** (DIE LINKE.): Vielen Dank für die Stellungnahmen und Berichte. Meine Fragen richten sich an Herrn Frisch. Sie verwenden in Ihrer Stellungnahme den Begriff des Anti-Humanitarismus. Eins Ihrer Beispiele bezieht sich auf die zunehmende feindselige Politik europäischer Geberstaaten gegenüber Menschen auf der Flucht. Sie sagen, dass diese ihre Glaubwürdigkeit zerstören, indem sie eine Politik umsetzen, die primär auf Abschottung der EU-Außengrenzen sowie die Externalisierung von Verantwortung setzt und gleichzeitig humanitäres Handeln, wir alle kennen das aus der Seenotrettung, kriminalisiert. Widerspricht diese Politik nicht eigentlich allen humanitären Prinzipien sowie der angestrebten Reformierung des humanitären Systems an sich? Können Sie deutlich machen, welche Politik europäischer Geberstaaten sowie der Bundesregierung zu mehr Glaubwürdigkeit und auch zu einer Reduzierung humanitärer Bedarfe schutzsuchender Menschen führen würde? Als zweites sprechen Sie auch in Ihrer Stellungnahme von der Gefahr der Instrumentalisierung von humanitärer Hilfe für politische Zwecke. Das ist an sich natürlich kein neues Phänomen, aber Sie stellen fest, dass sie sich verschärft. Das erkennt man auch daran, dass Ziele in Zusammenhang mit Terrorismusbekämpfung, Migrationskontrolle sowie der Ausübung staatlicher Kontrolle zunehmend Vorrang haben. Vielleicht können Sie dazu noch einmal einige Beispiele nennen und auch sagen, welche Rolle das für die Bundesregierung spielt, Schritte einzuleiten, um genau dem entgegenzuwirken und das vielleicht auch zu verändern. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Herr Frisch, dann haben Sie das Wort.

SV **Philipp Frisch** (Leiter der Advocacy Unit von Ärzten ohne Grenzen e. V., Berlin): Vielen Dank für die Fragen. Wo fange ich an? Die leicht rhetorische Frage ist natürlich erst einmal mit ja zu beantworten, aus meiner Perspektive oder aus

unserer Perspektive. Es ist tatsächlich eine Frage von Glaubwürdigkeit, wenn relativ klar ist, wie der Zusammenhang zwischen einer Politik von Abschottung und Abschreckung – Menschen, beispielsweise auf den griechischen Inseln, in Lagern in Libyen, wohin sie zurückgebracht werden – also die Situation dort ist, wie sie ist, direkt zusammenhängt mit einer Migrationspolitik, die ganz zentral auch von dem Beispiel der deutschen Bundesregierung mitgestaltet wird in Europa. Das verträgt sich nicht mit dem gleichzeitigen Ziel zu sagen, wir als Geberstaaten versuchen, humanitäre Bedarfe gar nicht erst entstehen zu lassen oder sie effizient zu bekämpfen. Da knirscht es irgendwo und das ist auch eine Frage von Glaubwürdigkeit. Das ist das, was ich versucht habe, in meiner Stellungnahme mit Kohärenz zu beschreiben. Vielleicht so viel dazu. Die andere Frage in Bezug auf eine Instrumentalisierung: Das ist ein bisschen schwerer zu beantworten. Das hat oft auch ein bisschen mit Narrativen und mit Wahrnehmung zu tun. Also eine der politischen Zielstellungen, die man ganz oft immer wieder hört sowohl im Entwicklungszusammenarbeitkontext, aber auch zunehmend in der humanitären Hilfe, ist das Narrativ der Fluchtursachenbekämpfung. Unter diesem Schlagwort werden verschiedene politische Maßnahmen finanziert und durchgeführt, vordergründig immer begründet damit zu sagen, wir wollen nicht, dass Menschen fliehen, und wir wollen auch nicht, dass Menschen zu uns kommen. Das ist jetzt ein politisches Ziel, dessen Legitimität gar nicht zur Debatte steht. Die Frage ist nur, was passiert eigentlich, wenn so ein politisches Ziel verbunden wird mit humanitärer Hilfe oder mit humanitärer Rhetorik fast schon, die ganz zentral darauf angewiesen ist, wahrgenommen zu werden als unabhängig von solchen anderen politischen Zielstellungen. Das heißt, wenn Sie für eine humanitäre Organisation arbeiten, wie Ärzte ohne Grenzen, und sie kommen an einen Checkpoint in irgendeinem Kriegsgebiet: Das einzige, was Sie haben, sind die leeren Hände und zu sagen: Ich bin nur hier, um humanitäre Hilfe zu leisten. Ich bin nur hier für die Schwächsten und ich bin nur hier, um beispielsweise die Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Ich habe keinerlei andere Interessen im Sinne von Demokratieförderung, im Sinne von



Migrationspolitik, im Sinne von Staatsstabilisierung, von Sicherheitspolitik. Und nur dann, wenn Ihnen Ihr Counterpart glaubt, haben Sie vielleicht eine Chance, das Projekt auf der anderen Seite tatsächlich durchzuführen. Das heißt, es ist mitnichten eine rein theoretische Fragestellung, sondern das ist eine sehr praktische, die ganz zentral beeinflusst, wie viel Zugang Sie haben, und deswegen ist genau diese Glaubwürdigkeit so wichtig und muss so stark verteidigt werden.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Dann hat jetzt die Kollegin Bause für die Grünen das Wort.

Abg. **Margarete Bause** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank und auch vielen Dank an die Sachverständigen für Ihre Schilderungen, die im Kern immer wieder die gleichen Herausforderungen festgestellt haben. Meine erste Frage geht an Frau Schick. Sie haben in Ihrer Stellungnahme zwei negative Trends erwähnt. Einmal die zunehmende Zweckbindung der humanitären Mittel und zum anderen die stete Zunahme auch der Assessments, das heißt also des bürokratischen Aufwands. Des Weiteren schreiben Sie in Ihrer Stellungnahme, dass die EU-Kommission und Deutschland zu den kompliziertesten Gebern gehören im Hinblick auf Anforderungen bei der Projektdurchführung. Vielleicht könnten Sie uns einfach noch einmal schildern, wo genau die Probleme, die Hindernisse, die Widerstände liegen, damit wir das noch einmal festmachen können, um damit auch politisch aktiv werden zu können, und uns sagen, was getan werden muss, um genau diese Probleme zu überwinden. Gibt es denn positive Beispiele, an denen wir uns orientieren können? Sie haben die europäische Perspektive. Was können Sie uns aus Ihrer Erfahrung der europäischen Perspektive berichten? Wo sind andere Länder erfolgreicher, was die Umsetzung der Ziele des Grand Bargain angeht und was können wir von denen lernen? Dann habe ich auch noch eine Frage an Herrn Südhoff. Sie bezieht sich auf den Kontext der Instrumentalisierung der humanitären Hilfe. Sie kritisieren die Politik der Bundesregierung im Zusammenhang mit Migrationspolitik, Rückführungen, Push-Backs, geostrategischen

Überlegungen, Waffenexportpolitik und dass eine Vermischung von humanitären Prinzipien und politischen Zielen zum Beispiel bei der Migrationsabwehr und der Sicherheitspolitik stattfindet. Vielleicht können Sie uns auch an einem Beispiel noch einmal erklären, wie sich diese Vermischung negativ auf den humanitären Raum auswirkt.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Dann hat als erstes die Sachverständige in der Webex-Konferenz, Frau Schick, das Wort.

Sve **Kathrin Schick** (Direktorin von Voluntary Organisations in Cooperation in Emergencies VOICE, Brüssel): Ganz herzlichen Dank für die Frage, die uns sehr am Herzen liegt, weil wir sie eigentlich als Grundfundament sehen, sowohl für Lokalisierung, für mehr Teilnahme der Lokal-NGOs, aber auch, um in der humanitären Hilfe einfach effektiver zu werden. Ich möchte eigentlich mit einem positiven Beispiel anfangen. Gerade weil wir Mitglieder in 19 Ländern in Europa haben, haben wir auch gesehen, wie plötzlich bei der Covid-Pandemie letztes Jahr alle Geber flexibler werden konnten. Das ist das beste, unerwartete Beispiel, was wir haben, dass es auch anders geht, als das, was wir momentan als Trend sehen. Und zwar musste man alle Projekte, die liefen, anpassen sowohl in Bezug auf Covid, als auch um Komponenten einzubauen mit Vorbeugung und Masken und so weiter und so fort. Man musste auch sehen, was man überhaupt noch durchführen konnte. Zum Beispiel konnte man plötzlich nicht Lebensmittel verteilen, wenn die Leute alle persönlich unterschreiben müssen, dass sie die erhalten haben und der Abstand nicht gehalten werden konnte. Also es gab sehr viel konkrete Beispiele, wo Projekte geändert werden mussten, und die meisten traditionellen Geber in Europa, einschließlich Deutschland und die Europäische Kommission, haben alles getan, damit das möglich ist. Das war unheimlich zeitaufwendig, jedes Projekt zu ändern und trotzdem ist es gegangen und es ist jetzt gar kein Problem mehr. Ich denke, das ist das beste Beispiel, dass es möglich ist, diese ganze Bürokratie zu reduzieren. Wir haben einen ganz starken Trend in Bezug auf mehr Kontrollen, mehr Audits etc. und wir haben jetzt gerade einen



neuen Rahmenvertrag, der den humanitären Akteuren bei der Europäischen Kommission zum Beispiel für die nächsten Jahre den Zugang zu Geldern gewährt. Der war noch nie so schwerwiegend wie jetzt. Man hat sehr wenige Ausnahmen und da komme ich auch dazu, was Sie machen können. Ich habe auch schon in meinem Eingangsstatement die Konsequenzen der Sanktionen auch in Bezug auf Counterterrorismus angesprochen. Das schwierigste heute zum Beispiel für alle humanitären Akteure, alle, nicht nur NGOs, ist wirklich, die Gelder zu überführen – von einer Bank, zur anderen Bank, zur dritten Bank. Die Geber bewilligen die Gelder. Die Geber stellen oft sogar Briefe aus zur Empfehlung, dass das wirklich humanitär ist, und trotzdem nimmt die nächste Bank das Geld nicht an. Das hat nichts damit zu tun, dass die Banken das nicht dürfen, sondern es hat damit zu tun, dass die Banken das nicht wollen. Humanitäre Hilfe ist nicht wichtig, das Risiko ist zu groß, dass man was riskiert, und obwohl die Geber dann sagen, das haben wir aber bewilligt und das folgt alles unseren Regeln. Dieses De-Risking ist eines der großen Probleme, auch in Bezug darauf, wo wirklich viel gemacht werden kann. In vielen Ländern gibt es jetzt schon Dialoge, aber in Deutschland noch nicht und das wäre schön. Ich möchte auch noch schnell das Pilotprojekt der Deutschen zu der Reduzierung oder Harmonisierung von Rapportschreibung und solche Dinge nennen, wie dieses Pilotprojekt, das sehr gut gelaufen ist. Das muss ausgerollt werden mit der neuen Version des Grand Bargain, und da kann Deutschland eine leitende Rolle spielen. Aber als Deutsche sind wir halt ein bürokratisches Land und es dauert oft sieben, acht Jahre bis Institutionen sich ändern, und das gilt natürlich auch für die Europäische Kommission. Aber es ist sehr viel dieser Counterterrorismus und Sanktionsdenken, was immer mehr Dokumentation und immer mehr Kontrollen verlangt. Das Gute ist, dass die Europäische Union gesagt hat, wir wollen nicht, dass sie die betroffene Bevölkerung kontrollieren müssen, ob sie zu Terroristenorganisationen gehören oder nicht, damit sie was zu essen kriegen. Das würde die humanitären Prinzipien absolut nicht respektieren. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Danke schön. Dann hat jetzt Herr Südhoff, hier im Saal, das Wort.

SV **Ralf Südhoff** (Leiter des Centre for Humanitarian Action in Berlin): Sehr gerne und vielen Dank für die Frage, Frau Bause. Vielleicht wieder einerseits der Trend, der sehr spannend ist, auch was die deutsche Rolle in diesen Fragen anbelangt, und dann ein andererseits. Auf der einen Seite ist zweifellos eine sehr positive, reformorientierte Rolle der Bundesregierung im Grand Bargain zu konstatieren in der humanitären Hilfe, wo die Bundesregierung zu den ehrlichen Maklern gehört, die die humanitären Prinzipien vielfach im UN-Sicherheitsrat international in vielen Debatten verteidigen und insbesondere die humanitären Abteilungen im Auswärtigen Amt, im Rahmen ihrer personellen Möglichkeiten und ihrer Policy-Möglichkeiten, eine ganz, ganz wichtige Rolle spielen und das auch versuchen. Auf der anderen Seite ist immer wieder festzustellen, wenn Sie auf Migrationsabwehr, Seenotrettung, Agenda-Setting in internationalen Reformprozessen oder auch auf bestimmte regionale Trends und Engagements Deutschlands kommen, dass die Durchsetzungsfähigkeit, die humanitären Werte und Prinzipien auch insgesamt in einer kohärenten deutschen Politik oder gar auf europäischer Ebene durchzusetzen, dann teils eben doch sehr begrenzt erscheint, was auch von den Betroffenen selbst vielfach bedauert wird. Nehmen Sie das Beispiel Sahel: Eine Vermischung von, freundlich formuliert, Kapazitätsprogrammen für Grenzabwehr, Polizeikräfte, paramilitärische Kräfte von mindestens zwiespältigen Regimen, die aber ein Land regieren, was migrationstechnisch relevant ist, weil es ein Migrationshub, ein Drehkreuz für Migranten ist. Das ist natürlich hoch zwiespältig. Wir selbst haben uns zum Beispiel auch mit dem Thema Nexus in Mali beschäftigt und waren dort. Ein Engagement, wo kaum noch zu unterscheiden ist: Geht es hier nach humanitären Prinzipien, um Not vor Ort und dort sie am größten ist zu lindern? Geht es hier darum, ein Migrationsdrehkreuz im Land auszuhebeln? Geht es um eine Kooperation mit einer Regierung, die dann auch abgelöst wurde und ihre Legitimität komplett verloren hat gegenüber der Bevölkerung, die man aber als Partner sich unbedingt bewahren wollte, um diese Programme für Migrationsabwehr und natürlich auch im Kampf gegen den Islamischen Staat durchzuführen. Da vermischen sich sehr stark die Grenzen und



deswegen ist es in diesen Programmen, wie auch institutionell sehr wichtig, hier zu klaren Trennungen zu kommen, wie es nur irgend geht. Und diejenigen, die die humanitäre Hilfe betreiben, fördern und über Mittelzuwendungen entscheiden, auch so unabhängig wie irgend möglich zu machen von anderen Entscheidungsträgern im Haus oder auch in der Bundesregierung insgesamt.

Die **Vorsitzende**: Ganz herzlichen Dank. Dann sind wir am Ende der ersten Runde und starten gleich in die zweite. Für die zweite Runde hat Michael Brand für die CDU/CSU-Fraktion das Wort.

Abg. **Michael Brand** (Fulda) (CDU/CSU): Ganz herzlichen Dank an die Sachverständigen für Ihre Stellungnahmen. Ich möchte meine erste Frage an Frau Iseli richten. Sie haben in Ihrer Stellungnahme auch Position bezogen zum Nothilfefonds, Start-Fund, Startnetwork zur Bereitstellung von Hilfsgeldern für die akute Nothilfe. Mich würde interessieren, ob Sie erste Erfahrungen haben bzw. vielleicht auch Vorschläge. An Herrn Südhoff möchte ich die Frage stellen: Die Pandemie ist in aller Munde und es gibt viele Diskussionen über Chancen und Bewertungen, was Corona betrifft. Wir haben auch eine Diskussion in der humanitären Hilfe zum Thema Dynamik und Diversifizierung der Partnerschaften. Vielleicht können Sie einen aktuellen Impuls geben. Und an beide Sachverständige die Frage: Mit dem humanitären Weltgipfel haben auch der Bund mit der Bundeskanzlerin, dem Entwicklungsminister, dem Außenminister, wir erinnern uns, wir haben uns auch gesehen in Istanbul, einen wirklich guten Aufschlag gemacht. Wir diskutieren jetzt über den Grand Bargain. Aber mich interessiert auch von Ihnen eine Einschätzung zum Thema Selbstverpflichtung, denn am Ende ist eine Selbstverpflichtung natürlich nur so gut, wie sie auch eingehalten wird. Die dritte Frage, die ich stellen möchte, bezieht sich auf ein Projekt, CSRhumanitär, das das Auswärtige Amt, gemeinsam mit der Aktion Deutschland hilft in den letzten Jahre promotet hat, weil völlig klar ist: Angesichts der Vielzahl und der immer größeren Konflikanzahl und längeren Dauer brauchen wir

mehr finanzielle Mittel. Wir brauchen uns als Deutsche nicht nur nicht zu verstecken, sondern wir sind da auch ein Vorbild. Aber am Ende ist völlig klar: Die Mittel werden nicht reichen. Also insofern war das der Versuch, auch aus der privaten Wirtschaft Gelder zu bekommen. Wie sieht Ihre Bilanz aus und haben Sie vielleicht Hinweise, wo man es besser machen könnte? Dankeschön.

Die **Vorsitzende**: Danke auch. Frau Iseli Sie haben das Wort.

Sve **Bettina Iseli** (Programm-Direktorin der Deutschen Welthungerhilfe e. V.): Herzlichen Dank für die Fragen. Thema Start-Fund würde ich in den Kontext von Lokalisierung stellen. Lokalisierung hat das Auswärtige Amt auch in seiner Strategie zentral verankert. Durch diese Mittelallokation an den Start-Fund hat man eigentlich ermöglicht, dass die lokalen Partner vor Ort direkt Zugang haben zu diesen Mitteln. Das Volumen ist sehr überschaubar. 1,5 Millionen sind aber aus unserer Sicht ein Zeichen, wo die Reise hingehen soll, dass lokale Partner direkten Zugang haben zu Mitteln in einer Nothilfe- und Notsituation – insofern ein Zeichen in die richtige Richtung. Wichtig ist, dass das nicht der einzige Aspekt ist, sondern immer auch die Befähigung der Partner. Das Thema Einbeziehung in Projektplanung ist ein Aspekt. Aber was ich immer zusammenfasse unter dem Aspekt Organisationsentwicklung: Wenn wir wollen, dass lokale Partner große Summen, um die es schlussendlich geht, effizient abwickeln, dann ist es wichtig, dass sie Ablaufprozesssysteme, Risikomanagementsysteme haben, dass sie compliant sein können mit all den Vorgaben, die es gibt, um das tun zu können. Da muss man neben dem unmittelbaren Zugang zu Finanzierungen im Notfall für die humanitäre Hilfe auch in Organisationsentwicklung dieser lokalen Partner investieren. Da kommt uns als internationale Nichtregierungsorganisation oder auch als UN-Organisation, wie sie hier auch im Raum sind, eine neue Rolle zu: Dass wir eben an der Seite unserer Partner sind und sie dabei auch unterstützen im Zugang zu Finanzierungen, Netzwerken, dass wir das fasilitieren und die Kapazitäten stärken. Diese Investitionen nicht nur



im unmittelbaren Fall, sondern auch in guten Zeiten, wie ich im Anfangsstatement gesagt hatte, in diese Partner, damit es funktioniert, wenn es irgendwie funktionieren muss, ist aus unserer Sicht zentral und da gibt es auch schon sehr gute Beispiele. Das Auswärtige Amt unterstützt ein Pilotprojekt mit vier deutschen Nichtregierungsorganisationen in acht Ländern und 40 lokalen Organisationen, wo genau die Stärkung der Kapazitäten verbunden wird auch mit einer zur Verfügungstellung von flexiblen Mitteln. Diese beiden Aspekte müssen immer dazu kommen. Thema Selbstverpflichtung: Ich glaube, das ist eine gute Art und Weise, wenn wir klare Ziele und auch klare Indikatoren haben. Da kann man vielleicht noch einmal nachschärfen. Aber das ist ein Instrument, um zu sagen, das ist das, was wir vereinbart haben, und das Commitment, auf neudeutsch, dann auch einzufordern. Mehr Mittel generieren, würde ich vielleicht dazu sagen. Als Welthungerhilfe arbeiten wir bereits jetzt so, dass wir institutionelle Mittel mit privaten Mitteln kombinieren. Das ist ein Unterschied zu MSF, wie wir es vorhin gehört haben, und ich denke auch, dass im Bereich Stiftungen auf jeden Fall auch noch einmal etwas zu machen ist. Aus unserer Sicht ist das „the way to go“. Erfahrungen haben wir in dem Sinne jetzt von Seiten der Bundesregierung nicht, aber für unsere eigene Arbeit. Dankeschön.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Dann hat Herr Südhoff jetzt das Wort.

SV **Ralf Südhoff** (Leiter des Centre for Humanitarian Action in Berlin): Vielen Dank, Herr Brand, auch für diese Fragen. Covid-19-Pandemie und Diversifizierung der Partnerschaften und der Hilfe – da fürchtet man, glaube ich, wenn man sich die Analysen anschaut eher ein gewisses Rollback, nachdem man große Hoffnungen hatte, dass es einen Schub geben könnte. Ein Stichwort ist auf der einen Seite: Wir haben sehr viele lokale Helferinnen und Helfer, die die Programme eigentlich in der Hand haben und die auch vielfach die einzigen sind, die Zugang haben, weil schlichtweg auch kaum noch gereist werden kann. Auf der anderen Seite gibt es vielfach Berichte, die davon ausgehen, dass

internationale Organisationen das Management dann remotely machen, aber begrenzt bereit sind, vielleicht auch begrenzt Kapazitäten sehen, Verantwortung zu übertragen. Es gibt eine viel größere Rolle von lokalen Akteurinnen und Akteuren, aber gleichzeitig nur begrenzt tatsächlich eine Übertragung von Finanzmitteln, Managementspielräumen und eigenen Entscheidungsspielräumen. Finanziell spiegelt sich das darin, dass in der Covid-Pandemie die Mittel, die direkt an lokale Organisationen gegangen sind, das hatte ich kurz erwähnt, sogar noch niedriger sind, also die wenigen Prozent, die es insgesamt sind in der globalen humanitären Hilfe. Die Summe vom Global Humanitarian Response Plan für die Covid-19-Pandemie beläuft sich auf 0,01 Prozent derzeit. Es gibt auch die Kritik: Viele der Gelder wurden, da es um große Summen geht, an UN-Organisationen gegeben. Studien von IRC identifizieren, dass für ungefähr 20 Prozent davon mittlerweile transparent ist, wie diese weiter verwandt werden. Ich kann die Zahlen nicht überprüfen, aber da wird mehr Transparenz gefordert. Mit Blick auf Deutschland muss man klar anerkennen, dass sehr viel Geld in die Hand genommen wurde, dass wir das teils auch zu selbstverständlich nehmen. Gerade vor wenigen Tagen hat Großbritannien eine Kürzung seiner Entwicklungshilfen nicht nur um ein Drittel angekündigt, das war vor einer Weile, aber dass beispielsweise für den Jemen 60 Prozent weniger Mittel künftig zur Verfügung stehen, also für die größte humanitäre Krise weltweit. Das Engagement der Bundesregierung muss man ganz klar anerkennen. Wichtig wird sein, das dann auch zu verstetigen und dass das nicht zu einer zweckgebundenen Fördersumme wird, die dann eben auch verloren geht, wenn die Covid-Pandemie vielleicht doch irgendwann einmal vorbei ist. Letzter Punkt, ich hatte es nur ganz kurz erwähnt: Gemischte Fonds, also gemeinsame Fonds, Pool-Fonds werden mehr und mehr diskutiert und sind auch eines der Ziele des World Humanitarian Summits gewesen, die Start-Pool-Fonds sind auf NGO-Ebene sehr wichtige Instrumente, weil man vor Ort die Hilfe koordinieren kann, weil man die Administrationsaufgaben, die die Bundesregierung definitiv überfordern bei solchen Summen, was auch nachvollziehbar ist, weil man sie delegieren kann, weil man



Organisationsinteressen zurückdrängen kann. Das Ziel, 15 Prozent zumindest dieser Hilfen über solche Fonds künftig gemeinsam zu verausgaben, ist noch nicht erreicht. Da gibt es großen Handlungsbedarf. Auch da ist die Bundesregierung eher Vorreiter, aber hat auch noch Nachholbedarf.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Dann hat der Kollege Braun für die AfD das Wort.

Abg. **Jürgen Braun** (AfD): Danke, Frau Vorsitzende. Es gibt einige Punkte, die einer weiteren Diskussion bedürfen. Die Effizienz sollte schon eine entscheidende Rolle spielen – nicht die alles entscheidende gegenüber allem anderen, das ist klar. Das sind wir den Menschen in den Regionen, die leiden, schuldig, wo die humanitäre Hilfe dringend gebraucht wird. Aber das sind wir auch wiederum dem Steuerzahler schuldig, wenn es um unsere Etats geht, die wir zu verwalten haben. Natürlich ist der Satz richtig „Es gibt immer zu wenig Geld für humanitäre Hilfe“. Aber das ist nicht endlos aufzufüllen, auch bei allen Wünschen, die da sind. Insofern bin ich sehr erleichtert, dass Frau Schick deutlich darauf hingewiesen hat, dass es möglich ist, Bürokratie zu reduzieren. Es gibt verschiedene Möglichkeiten. Wie das im Rahmen dieses Prozesses möglich ist, würde ich noch einmal Herrn Dr. Böhnke gerne fragen. Aufgrund Ihrer jahrzehntelangen Erfahrung: 24 Staaten, zehn Hilfsorganisationen, 13 UN- und EU-Behörden, 16 NGOs, 63 verschiedene Beteiligte – kriegt man da auf dem Wege die Ziele erreicht, die sehr groß und wichtig sind? Das zweite ist das uralte Thema Abgrenzung „humanitärer Hilfe“: Wo endet humanitäre Hilfe, wo fängt Entwicklungspolitik oder Entwicklungshilfe, wie man es traditionell genannt hat, an? Das eine ist eigentlich klassisch humanitäre Hilfe, schnell, unbürokratisch, dann auch auf eine relativ kurze Dauer hoffentlich ausgerichtet, für eine Behebung einer Naturkatastrophe, eines Bürgerkriegs, bei einem Krieg. Syrien, wissen wir, dauert jetzt schon sehr lange als Konflikt. Andere Naturkatastrophen sind mitunter zum Glück schnell zu lösen. Jetzt ist die Frage UNRWA, über 70 Jahre humanitäre Hilfe, Herr Dr. Böhnke, geht das? Ist das sinnvoll? Muss da nicht irgendwann ein Schlussstrich gezogen

werden oder zumindest die Mittel gekürzt werden?

Die **Vorsitzende**: Herr Dr. Böhnke, Sie haben das Wort.

SV Dr. **Rolf Böhnke** (Diplomat a. D.): Vielen Dank, Herr Braun. Ich nehme den zweiten Punkt zuerst auf: Die Frage humanitäre Hilfe und Entwicklungshilfe. Entwicklungshilfe ist darauf ausgerichtet, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation derjenigen, die Entwicklungshilfe empfangen, zu verbessern, langfristig zu verbessern, im Wesentlichen eine Hilfe zur Selbsthilfe. Die Theorie ist, dass wenn wir in den Ländern waren, denen gezeigt haben, wie es geht und auch die Mittel bereitgestellt haben, dass diese Länder dann langfristig auf uns nicht mehr angewiesen sind. Das ist die Theorie. Bei der humanitären Hilfe ist es kurzfristig. Wir wollen die Not lindern. Wir wollen nicht langfristig die Lebensbedingungen dieser Betroffenen verbessern. Wäre schön, wenn wir das könnten, aber erst einmal ist die Not zu lindern, dann zu hoffen, dass der Konflikt, Syrien oder weitere, irgendwann einmal zu Ende geht und dann können die Leute wieder nach Hause zurück und ihre Geschäfte so weiterführen, wie sie sie früher geführt haben. Was mich immer gewundert hat, das ist, dass so eine Mauer zwischen den beiden ist, also ganz wenig Kontakt zwischen den Entwicklungshelfern auf der einen Seite und den humanitären Helfern auf der anderen Seite besteht. Das ist auch in verschiedenen Ministerien angesiedelt; das eine im Auswärtigen Amt und das andere im Entwicklungshilfeministerium, und beide verfolgen auch andere Verfahren. Und ich bin dafür, dass man, wenn es geht, sie näher zusammenführt. Das muss man weiter diskutieren, wie sich das machen lässt. Ihre Frage zur Effizienz ist natürlich sehr wichtig. Wir wollen, dass möglichst jeder Euro, den wir ausgeben für humanitäre Hilfe, auch dort ankommt und dort auch eine Wirkung hat. Wir haben das Problem der Bürokratie erwähnt. Wir dürfen aber nicht vergessen, wenn dort Kontrollen stattfinden, liegt das auch daran, dass die Geber ihren Parlamenten verantwortlich sind. Auch die EU muss das machen; die EU ist besonders pingelig, wie wir eben gehört haben, und ich



kenne das auch selber. Da fragt nachher das Parlament nach oder auch die Presse, was ist mit dem Geld geschehen? Da will man nicht, dass in der Zeitung steht, da sei mal wieder Geld verschleudert worden. Darum hat man diese Kontrollen, auch wenn das manchmal sehr lästig ist. Und was eben auch wichtig ist: Wir haben Evaluierungen und die brauchen wir, weil es notwendig ist festzustellen, welche Wirkung die Hilfe hat. Hat das Geld, das wir ausgegeben haben, hat das Programm, das wir finanziert haben, wirklich das Ziel erreicht oder hat es das nicht erreicht, und warum nicht und wie können wir es besser machen? Dazu brauchen wir Evaluierungen. Die Bürokratie abbauen sollten wir vor allen Dingen da, wo wir Doppelarbeit haben. Das kennen wir auch aus der Entwicklungshilfe, dass Bedarfsanalysen erst einmal gemacht werden. Da kommen dann fünf Organisationen, NGOs und auch andere an, auch die GIZ, und jede macht eine Bedarfsanalyse in Mali für ungefähr das gleiche Projekt. Da müssen auch die Leute und die Regierung des Empfängerlandes das alles mehrmals machen. Da könnte man wirklich sehr viel sparen und das wollte auch der Grand Bargain. Nur diese Organisationen zusammen zu bekommen, sich darauf zu einigen, das ist das Problem. Denn jeder hat die Vorstellung: Wir können es am besten. Außerdem müssen wir das selber machen, weil wir genau die Antworten haben wollen, die für uns wichtig sind. Man könnte bei der Doppelarbeit sicherlich sehr viel einsparen und hätte trotzdem das, was man braucht, um festzustellen: Ist das Projekt, das wir durchführen wollen oder durchgeführt haben, effizient? Ja oder nein? Ich sehe es in der humanitären Hilfe immer wieder, dass man von vornherein davon ausgeht: Was wir tun, ist gut und richtig, weil wir humanitäre Hilfe leisten. Aber trotzdem muss man sich fragen: Ist die Hilfe wirklich dort angekommen, wie wir sie gerne hätten? Dankeschön.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Dann hat jetzt die Kollegin Özoğuz das Wort für die SPD-Fraktion.

Abg. **Aydan Özoğuz** (SPD): Ganz herzlichen Dank. Ich habe auch zwei Fragen. Die eine betrifft noch einmal diesen Bereich der Partizipation. Frau

Lumpp, Sie hatten in Ihrer Stellungnahme, geschrieben, dass es für Sie als UNHCR ein ganz wichtiger Ausgangspunkt Ihrer Arbeit war. Sie haben das „Community-based Protection“ genannt und Sie haben noch einmal ausgeführt, dass es gerade in der Pandemie eine ganz wichtige Basis für Ihre Arbeit war. Sie hatten hier die Beispiele Libanon, Mauretanien, Türkei. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob ich das richtig verstanden habe, aber ich meine, dass einige gesagt haben, dass es nicht funktioniert hat. Von daher wüsste ich gerne, wie Sie diesen partizipativen Ansatz einschätzen, wo das gelingt und wo es vielleicht nicht so gut gelingt. Herrn Südhoff wollte ich fragen – ich bin mir nicht sicher, ob Sie das vorhin gesagt haben, dass es nicht gelungen ist. Dann noch einmal diese Effizienzdebatte: Ich fand sehr wichtig, was Sie vorhin gesagt haben, dass man nicht danach gehen kann, wo es schwierig ist, und sagt, da gehen wir gar nicht erst hin, da kostet es mehr. Uns beschäftigt Jemen hier oft genug. Die Frage ist, wie gehen Sie da vor? Wie machen Sie denn Ihre Berechnung, das ist hier wirklich das falsche Wort, aber wie stellen Sie das dar, damit man in diesem Bereich Effizienz und humanitäre Hilfe zu einer solchen Darstellung kommt, wie wir sie uns eigentlich gerade im Menschenrechtsausschuss wünschen würden?

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank und die Bitte noch einmal an Herrn Dr. Böhnke, das Mikrofon wieder auszustellen. Dann hat jetzt Frau Lumpp als Erste das Wort.

SVe **Katharina Lumpp** (Vertreterin des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) in Deutschland): Vielen Dank, gerade auch für die Frage zur Partizipation. Ich kann mir aus unserer Perspektive kein Gesamturteil über den Erfolg oder Nichterfolg der Ziele bezüglich der Partizipation erlauben. Aber wir sehen doch, dass partizipative Ansätze sich verstärkt haben und verstärkt genutzt werden von vielen humanitären Akteuren, beispielsweise in der Türkei, wo wir inzwischen mit den Behörden gemeinsam Fokusgruppendifkussionen durchführen, um Prioritäten zu eruieren, sowohl mit Mitgliedern von Aufnahmegemeinschaften als auch mit Flüchtlingen. Wir unterstützen es, Flüchtlinge auf lokaler Ebene in Entscheidungen



auf lokaler Ebene und auch regelmäßig in die Programmgestaltung und in die Evaluierung einzubinden. Das über Jahre systematisch in allen Bereichen unserer Programme zu tun, hat dann vielleicht auch dazu geführt, dass gerade in der Pandemie sehr viele Initiativen von freiwilligen und lokalen Gruppen selber initiiert wurden, die wir dann unterstützen konnten. Das war eine ganz wichtige Rolle. Und es gibt Beispiele, die wir auch in einem Bericht zusammengestellt haben von allen größeren Flüchtlingssituationen, in denen Community outreach workers, Community outreach help-workers, eine wesentliche Rolle gespielt haben bei Informationen, bei der Umsetzung von Hygienemaßnahmen, bei Beratung und Hilfestellung, im Bereich der Hilfe für Opfer sexueller Gewalt, geschlechtsspezifischer Gewalt und auch im Bereich der Seifenproduktion, Maskenproduktion auf lokaler Ebene. Da ist sehr stark auf die Betroffenen selber gesetzt worden, die eine wichtige Rolle übernommen haben, um sich und ihre Gemeinschaften zu schützen. Vielleicht noch eine Bemerkung zu dem Rollback, das Ralf Südhoff beschrieben hat. Aus unserer Wahrnehmung war das, zumindest was unsere Programme anbelangt, nicht so dramatisch. Wir haben insgesamt über lokale Partner letztes Jahr 28 Prozent unserer operativen Mittel umgesetzt. Von den Covid-Geldern waren es 21,5 Prozent nach den vorläufigen finanziellen Informationen. Also so groß scheint aus unserer Perspektive dieser Rollback, was das finanzielle Ziel der Lokalisierung anbelangt, nicht gewesen zu sein. Danke.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Dann hat jetzt Ralf Südhoff, hier im Saal, das Wort.

SV **Ralf Südhoff** (Leiter des Centre for Humanitarian Action in Berlin): Vielen Dank. Stichwort Partizipation, da schließe an Katharina Lumpf an. In der Tat gibt es sehr viele Ansätze, Pilotprojekte und auch programmatische Strukturen, die die Betroffenen vor Ort viel besser zu Wort kommen lassen als in der Vergangenheit. Katharina Lumpf hat zu Recht einige beschrieben, bis hin zu ganz professionellen Hotlines, bei denen aber, anders als bei meinem Handyanbieter, auch jemand ran geht – also wirklich ein Beschwerdeverfahren, wo professionell

ausgewertet wird, wenn Betroffene sagen, sie haben ihre Hilfe nicht erhalten, die falsche Hilfe erhalten, sie fühlen sich nicht korrekt behandelt von den Helferinnen und Helfern oder ähnliches. Da ist sehr viel passiert unter diesem Stichwort accountability for affected populations, dass sie diese Instrumente haben, sie sich äußern können, und da hilft natürlich auch die Digitalisierung zum Teil. Das funktioniert teils sogar über Handys...

(kurze Unterbrechung wegen eines technischen Problems)

Ich sagte eben noch, als ich offenbar schon offline war: Ich glaube, es sind sehr wichtige Projekte, Ansätze, wie vom UNHCR auch beschrieben, und auch insgesamt eine deutlich bessere Einbindung von Rückmeldungen der Betroffenen, der Hilfsempfänger/-innen, wenn man sie so nennen darf, über die Hilfe, welche sie bekommen, wie sie behandelt werden. Da gibt es in der Tat deutliche Fortschritte und auch in der Fokusgruppe Diskussionen über die Hilfe selbst und ähnliches. Auf der Projektebene haben die Hilfsorganisationen vieles geleistet, ohne dass dies unbedingt immer systematisch und strukturell ist, was die Hilfe insgesamt anbelangt. Aber da muss man wirklich den allermeisten Hilfsorganisationen große Fortschritte attestieren. Wo es große Defizite gibt, die ich vorhin ansprechen wollte war, das ist tatsächlich in den Entscheidungsgremien, beispielsweise in den Ländern vor Ort oder auch international. Es hat durchaus wenig Logik, um einmal damit anzufangen, dass eine internationale Hilfsmaschinerie, die das Ziel hat, 235 Millionen Menschen in Not zu helfen, genau diese bzw. die Menschen, die für sie sprechen könnten und die legitimiert sind, quasi nicht hört, weil sie an diesen Prozessen nicht beteiligt sind. Da ist in der Tat sehr wenig passiert, selbst auf Länderebene. Ich hatte Pooled Funds genannt, die eigentlich ein sehr innovatives, sehr gutes Instrument sein könnten, aber auch partizipativ noch nicht weiter sind. Auch der Grand Bargain selbst übrigens ist sehr inklusiv, wie ich eingangs lobte, aber genau diese Menschen fehlen auch in den Grand Bargain-Prozessen weitgehend, also sind minimal vertreten. Stichwort Effizienz: Ich glaube in der



Tat, da gibt es auf der einen Seite formal gute Ansätze, die zu Analysen kommen. Es wurde auch schon die ein oder andere Studie erwähnt, bspw. wie berechnet man eigentlich die Kosten einer Hilfsmaßnahme, um dann auch zu einer transparenten Entscheidung zu kommen, warum sie legitim ist. Ich glaube, die Effizienz ist auch anerkannt als ein ganz wichtiges Ziel der Hilfe und das war auch Ziel des Grand Bargain zu sagen: Wir treffen eine Vereinbarung auf der einen Seite zwischen Geberregierungen, die mehr flexible Förderung geben und diese auch vorab geben im Vertrauen darauf, dass Hilfsorganisationen mehr Transparenz liefern, wie sie diese effizient und effektiv einsetzen. Das ist unbestritten, dass das ein völlig legitimes Ziel ist. Die Frage ist nur, ist es dann erlaubt, noch darüber zu diskutieren, wie wir das aus welchen Gründen definieren? Und nehmen Sie das Beispiel, was Sie genannt haben: UNRWA. Nach Kosteneffizienzgründen hätte man natürlich vor 50 Jahren diese Hilfe stoppen und alle Menschen, alle palästinensischen Flüchtlinge einfach verhungern lassen sollen, weil man jedes Jahr neu zahlen muss. Das ist aber genau das Gegenteil von einem humanitären Prinzip, das nach Menschlichkeit geht, nach der Not der Menschen und deswegen natürlich diese Hilfe solange fortsetzt, wie es für diese Menschen keine andere Lösung gibt, was das Problem dieser Menschen eher vergrößert und es umso absurder machen würde, einen Schlussstrich zu ziehen, wie Sie es nennen. Deswegen ist das hochproblematisch wenn man sagt: Effizienz heißt, dann stoppen wir diese Hilfe und dann helfen wir eben nicht in Konflikten, wo es besonders teuer ist. Die Hilfe für einen Syrer oder eine Syrerin in Syrien ist pro Kopf ungefähr fünfmal so teuer wie in vielen afrikanischen Ländern dieselbe humanitäre Hilfe. Wollen wir sie ihnen deswegen aus Kosteneffizienz verweigern oder entscheiden wir danach, wer ist am meisten in Not? Ich glaube, das ist das Wichtigste, was die humanitäre Hilfe aufrechterhalten muss.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank, Herr Südhoff. Ich würde für die Freien Demokraten fragen. Einmal an Herrn Knoch in der Webex-Konferenz, zwei Fragen. Einmal berichteten Sie, dass der unabhängige Grand Bargain Annual Independent Report 2020 gezeigt hat, dass die Zahl der Geber,

die angeben, 30 Prozent oder mehr ihrer humanitären Zuwendungen ohne Zweckbindung bzw. nur bedingt zweckgebunden zugewiesen zu haben, in den zwei Jahren davor ganz leicht von sieben auf elf Geber gestiegen ist. Unsere Frage wäre an Sie, was Ihrer Meinung nach zum Beispiel Deutschland, auch weitere Geberländer, davon abhält, diese vollen 30 Prozent zu erreichen? Bei Deutschland muss man sagen, zumindest das, was das Auswärtige Amt uns mitteilte, war, dass derzeit in der Pandemie aufgrund dieser Zahlungen, die zusätzlich im Rahmen der Pandemiehilfen an humanitärer Hilfe aufgewendet wurden, die nicht zweckgebunden oder nur wenig zweckgebunden waren, die 30 Prozent unbeabsichtigter Weise erfüllt wurden. Aber davon ausgehend, dass auch da diese Möglichkeit eigentlich höher sein sollte, wäre die Frage an Sie, welche Gründe Sie dafür sehen und wie man dieses Ziel möglichst erreichen kann. Und das Zweite: Sie sprachen in Ihrem Statement und auch in Ihrer schriftlichen Stellungnahme schon die Blockchain-Plattform an, die WFP nutzt, die sogenannten Building Blocks. Vielleicht können Sie noch einmal darauf eingehen und vor allen Dingen aus Ihrer Sicht: Welches Potential hat Blockchain auch für die humanitäre Hilfe? Es ist sehr unterschätzt, wie sehr digitalisiert und wie sehr innovativ in diesem Bereich gearbeitet wird. An Herrn Südhoff hätte ich eine Frage, die wir viel diskutieren, und zwar ob wir eigentlich bzw. in welcher Art und Weise wir in der Lage sind, die nicht traditionellen Geberländer mehr ins Boot zu holen. Denn es sind am Ende immer die gleichen Geberländer, die, egal bei welcher Krise, sei es jetzt Jemen, Syrien oder auch Länder in Afrika, immer wieder gefordert sind. Welche Ansprache sollte man vor allen Dingen wählen bei der Erweiterung der nicht traditionellen Geberländer? Herr Knoch, dann haben Sie zunächst das Wort.

SV **Heiko K. Knoch** (Leiter des Büros des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen in Berlin): Vielen Dank für die Fragen. Zur ersten Frage: Flexible Gelder – das ist eine ganz spannende Thematik und da muss man genau hinschauen, wie sich diese Zahlen zusammensetzen. Wenn ich das am Beispiel von WFP kurz illustrieren darf. WFP hat im letzten Jahr ungefähr fünf bis sechs Prozent völlig flexible



Gelder eingeworben; alles andere waren entweder leicht zweckgebundene oder auch stärker zweckgebundene Gelder. In die Diskussion fließt meines Erachtens ein, dass es auch die Fälle gibt, dass wir als Organisation, als Durchführungsorganisation mit Appellen an Geber herantreten und für bestimmte Kontexte, wie zum Beispiel Jemen, dringend Gelder einwerben, die dann als zweckgebunden deklariert sind, allerdings eigentlich darauf beruhen, dass wir in einem engen Austausch darauf hinweisen, wo die Bedarfe am größten sind. Ich hatte in meinem Eingangsstatement schon erwähnt, dass wir sehr begrüßen, dass Deutschland sich bemüht, die Gelder möglichst flexibel zur Verfügung zu stellen. Zum Beispiel sind wir immer im engen Austausch mit dem Auswärtigen Amt und dem BMZ, für welche Kontexte, für welche Programmländerstrategien wir Gelder einwerben. Sie hatten richtig erwähnt, im Rahmen der Covid-Response ist WFP von der gesamten humanitären Gemeinschaft mandatiert, die sogenannten Common Services, also die logistischen Dienstleistungen, zur Verfügung zu stellen. Und wir wurden auch im Zuge der Covid-Response sehr großzügig vom Auswärtigen Amt finanziert und uns wurde die Flexibilität gegeben, innerhalb dieser Common Services eben nach dem Bedarf zu entscheiden, ob es jetzt Med Evacuations sein sollten oder ob Cargo transportiert wurde. Insofern haben wir das sehr begrüßt. Wir haben auch Gespräche mit dem Auswärtigen Amt, wie man zum Beispiel die Flexibilität erhöhen kann, indem man regionale Zuwendungen an uns gibt oder an Partner, die wir dann flexibel einsetzen können, zum Beispiel in Ostafrika, je nach den Bedarfszahlen und ändernden Kontexten vor Ort, wie wir die Gelder einsetzen können. Wir sehen durchaus sehr positive Bemühungen seitens Deutschlands, die Flexibilität zu erhöhen, wo immer das möglich ist in enger Absprache mit uns als Partner. Wo sind die Schwierigkeiten? Also ich könnte mir vorstellen, generell auch nichtzweckgebundene Mittel zur Verfügung zu stellen. Dafür müssen natürlich Durchführungsorganisationen auch eine gewisse Transparenz an den Tag legen. Das heißt, wir sind bemüht, durch unsere Portale, auf denen Länderstrategien stehen, die Informationen auch transparent zur Verfügung zu stellen. WFP hat sich auch im Rahmen des Grand Bargain

verpflichtet, seine Daten an die International Aid Transparency Initiative zu geben und damit ganz transparent die Informationen zur Verfügung zu stellen genauso wie Auditreporte oder Evaluierungen. Ich glaube, Geber sind natürlich auch unter dem Zwang, Berichte erstellen zu müssen über die Verwendung der Mittel. Insofern, glaube ich, kann das nur von Durchführungsorganisationen mit der nötigen Transparenz erreicht werden. Und ein letzter Punkt vielleicht noch: Sichtbarkeit von Zuwendungen. Ungebundene, flexible Mittel haben natürlich unter Umständen auch eine geringere Sichtbarkeit, was gegebenenfalls auch für Geber ein Element sein könnte, warum sie dann eher geneigt sind, auf Appelle zu reagieren, weil dort die Bedarfe ganz klar definiert sind und auch eine Sichtbarkeit gegeben ist. Das könnte ich mir vorstellen, dass das mit einfließt. Aber nochmal: Wir sehen Deutschland auf dem richtigen Weg und begrüßen die Möglichkeiten, im Rahmen der Gegebenheiten die Flexibilität auszuschöpfen.

Die Vorsitzende: Dankeschön. Dann hat jetzt Herr Südhoff das Wort.

SV Ralf Südhoff (Leiter des Centre for Humanitarian Action in Berlin): Vielen Dank für die Frage nach neuen Finanzierungsmöglichkeiten und auch nichttraditionellen Gebern. Das ist so ein bisschen die Gretchenfrage in der Finanzierungswelt oder war lange in der Diskussion, nach meiner Wahrnehmung spätestens auch mit Blick auf den arabischen Raum, seit der Syrien-Krise, seit dem Irak-Konflikt usw. Die Fortschritte sind in der Tat in den zehn, 15 Jahren bestenfalls als erratisch zu bezeichnen, wo es dann vielfach hier und da mal dazu kommt, dass eine große Spende, dass ein Staat wie Kuwait urplötzlich 500 Millionen Dollar spendet oder es zu sehr zwiespältigen Engagements kommt. Stichwort aktuell: Saudi-Arabien mit großen Zuwendungen für Hilfe in Jemen, wo gleichzeitig nun nicht von der Hand zu weisen ist, wer denn unter anderem für die humanitäre Not im Jemen mitverantwortlich ist als Kriegspartei. Ich muss gestehen, das ist auch persönlich gefärbt durch eigene Beteiligung an Diskussionen, die über viele Jahre zu wenig Erfolgen führten. Auch wenn man



klar sagen muss, dass Länder wie die BRICS-Staaten, also China, Brasilien, Indien und andere, heute eine andere Rolle spielen als früher. Das ist aber auf viele Jahre kein Game-Changer. Und die andere Frage ist: Was macht man mit dem Zielkonflikt der erwähnten humanitären Prinzipien einer Hilfe, die nicht politisch instrumentalisiert wird. Wenn man sich im Entwicklungsbereich Chinas Rolle in Afrika anschaut, ist nicht von der Hand zu weisen, dass es sehr stark nach nationalen und nur bedingt nach den Interessen der Hilfsempfänger geht. Wenn es um neue, andere Arten von Finanzierung geht oder auch um die Reduktion der finanziellen Bedarfe, würde ich mehr Potential in anderen Instrumenten sehen wie der antizipativen Hilfe, die auch Deutschland dankenswerterweise massiv voran gebracht hat, die aber auch noch breitenwirksamer werden könnte, wenn andere Geber sie mehr fördern und mehr auf diese antizipative Hilfe setzen würden, mit der man massiv Hilfsbedarf, gerade mit Blick auf Wetterdesaster, reduzieren könnte. Die Systeme sind heute so ausgefeilt, und es ist übrigens auch eine Brücke zu einer Art privatwirtschaftlichem Engagement. Wetterversicherungen spielen heute da eine massive Rolle, wo es möglich ist, ganze Staaten oder eben auch Gemeinden dagegen zu versichern. Wenn man weiß, alle drei, vier, fünf Jahre kommt eine Dürre, dann lässt sich ein Fonds anlegen und auch mit gewissen Hilfgeldern, mit wenig Möglichkeiten ein privater Mechanismus, um hier Hilfe zu leisten. Das wird nicht die humanitäre Hilfe international ersetzen können und es wird nichts daran ändern, dass die große Verantwortung an anderer Stelle dafür liegt. Aber es könnte massiv dazu beitragen, Bedarfe zu verringern. Wenn sie wissen, dass womöglich eine Flut kommt, können sie – ich habe das Beispiel, glaube ich, in meinem Statement genannt – bis zu sechsmal auf Basis einer völlig falschen Wetterprognose Hilfe leisten und die Flut kommt gar nicht. Wenn sie beim siebten Mal die Hilfe trotzdem vor der Flut geleistet haben, ist es immer noch billiger, als wenn sie bis zum Ende gewartet haben, dann eine Luftbrücke aufbauen. Es ist viel würdevoller. Sie müssen viel weniger Hilfe leisten. Deswegen hat das wirklich Potential und wäre wert, mehr genutzt zu werden.

Die **Vorsitzende**: Dankeschön. Dann hat jetzt Frau

Nastic für die Linken das Wort.

Abg. **Zaklin Nastic** (DIE LINKE.): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Herr Frisch, Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme, dass, obwohl Ärzte ohne Grenzen sich entschieden haben, nicht an dem World humanitarian Summit teilzunehmen, Sie das Ziel selbst unterstützen, Geld direkt vor Ort an humanitäre Helfer/-innen zu geben. In welcher Hinsicht kann Ihrer Meinung nach dies dazu beitragen, dass die Grundprinzipien der humanitären Hilfe, Neutralität, Überparteilichkeit und Unabhängigkeit damit zu verwirklichen wären? Unter anderem bezeichnen Sie das als Anti-Humanitarismus am Beispiel des Jemen, dass von der von Saudi-Arabien angeführten Koalition, unter anderem durch die Bomben einer Landblockade ausgesetzt ist, aber auch, dass viele zivile Einrichtungen, wie unter anderem Krankenhäuser und Schulen, kaputt gebombt wurden. Gleichzeitig ist aber Saudi-Arabien einer der größten Geldgeber der humanitären Hilfe. Sehen Sie da Schwierigkeiten für humanitäre Helferinnen und Helfer vor Ort und werten Sie das als einen Versuch, sich von Kriegsverbrechen quasi freizukaufen? Da ich noch ein bisschen Zeit habe, würde ich noch eine Frage an Frau Schick stellen. Sie sprachen vorhin in Ihrem Beitrag unter anderem davon, dass Sanktionen und Antiterrormaßnahmen zunehmend die Arbeit von humanitären Helfer/-innen erschweren würden. Könnten Sie das ein bisschen mehr ausführen, auch eventuell an einem Beispiel? Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Dankeschön. Dann hat jetzt Herr Frisch das Wort.

SV **Philipp Frisch** (Leiter der Advocacy Unit von Ärzten ohne Grenzen e. V., Berlin): Vielen Dank, für die Fragen zum einen nach tatsächlichen Interessen auf eine gewisse Art und Weise und zum anderen in Bezug auf die Nähe. Ich fange mit dem letzteren an. Ich würde sagen, dass gerade eine Organisation wie Ärzte ohne Grenzen da bei weitem nicht so weit ist, wie wir gerne sein würden und wir eigentlich sein sollten und wie auch andere Organisationen schon sind, was eine Lokalisierung angeht und was es angeht,



zusammenzuarbeiten mit Menschen, die tatsächlich betroffen sind in humanitären Situationen. Ich glaube, wir müssen als Organisation noch ganz viel Hausaufgaben machen, um genau da hinzukommen, eine humanitäre Hilfe zu leisten, die sich tatsächlich auch so versteht, dass die Menschen, die betroffen sind sowohl von der humanitären Katastrophe als auch dann von den Hilfsleistungen, die Macht haben zu bestimmen, wie sie auszusehen hat. Ich glaube, das ist eine Debatte, die im Moment gerade noch einmal sehr stark an Fahrt aufgenommen hat, wo wir als Ärzte ohne Grenzen auch lernen können aus Diskussionen rund um den Grand Bargain und wo wir ganz selbstkritisch uns eingestehen müssen, dass wir noch einiges an Arbeit zu tun haben. Die andere Frage bezieht sich eigentlich auf Interessen. Das ist das, was wir die ganze Zeit besprechen, was auch in vielen Antworten und in vielen Beiträgen von anderen Expertinnen und Experten in dieser Anhörung natürlich die zentrale Rolle spielt. Auf eine gewisse Art und Weise tun wir uns leichter, die Interessen zu erkennen in solchen Extrembeispielen wie die Interessen Chinas auf dem afrikanischen Kontinent. Aber alle Staaten, die Geld geben für humanitäre Hilfe, tun das im Zweifelsfall nach Interessen, die nicht notwendigerweise humanitäre sind und die nicht notwendigerweise frei sind von anderen Erwägungen. Das ist genau das, warum man sich zum Beispiel als Ärzte ohne Grenzen immer wieder so ein bisschen wie im Kampf gegen die Windmühlen fühlt und immer wieder versucht klar zu machen, dass es naiv ist anzunehmen, dass es interessenloses Geld gibt. Auch aus der Privatwirtschaft wird kein Geld kommen, das nicht mit bestimmten Vorstellungen und Agenden verknüpft ist, die eben erst einmal nichts zu tun haben mit humanitären Prinzipien. Ich glaube, wichtiger als danach zu suchen, wie das komplett ausgeschlossen werden kann, ist es aber, darauf zu achten, dass diese Interessen nicht bestimmen, wie Projekte aufgesetzt werden und dass man sich wieder zurück besinnt auf die wichtigen Safeguards in diesem Bereich. Zum Beispiel zu sagen: Was wir brauchen ist die Möglichkeit, unabhängige Assessments zu machen von humanitären Bedarfen, ist die Möglichkeit als Organisation zu reagieren an den Stellen und auf die Art und Weise, wie wir das für richtig halten

und wie wir die größten humanitären Bedarfe sehen und die verwundbarsten Menschen. Wir müssen uns das immer wieder in Erinnerung rufen und dafür sorgen, dass wir nicht im Rahmen von Diskussionen rund um die bessere Verzahnung und Effizienzgewinne zwischen Entwicklungszusammenarbeit, Friedenssicherung, vielleicht Sicherheit und eben humanitärer Hilfe in ein Fahrwasser geraten, wo genau diese Trennung nicht mehr stattfindet und politische Projekte wie sicherheitspolitische Projekte, migrationspolitische Projekte rüberschwappen in das, was eigentlich davon frei sein sollte: Das Fokussieren auf das Retten von Leben und das Lindern von Leid. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Dann hat jetzt Frau Schick in der Webex-Konferenz das Wort.

Sve **Kathrin Schick** (Direktorin von Voluntary Organisations in Cooperation in Emergencies VOICE, Brüssel): Ganz herzlichen Dank für die Frage. Ich möchte jetzt zu dem Bank-De-Risking vertiefen. Ich kann ein ganz konkretes Beispiel geben: Ein Minenräumungsgerät, das in der UK ist und für das dann von Frankreich humanitäre Gelder bewilligt werden, damit dieses Gerät in den Irak geht, um dort die Minen zu räumen. Diese Maschine kommt nie im Irak an, weil sie durch sehr viele Länder muss und jedes Mal braucht es Genehmigungen und Bankgenehmigungen, es braucht andere Genehmigungen. Und jedes Land hat andere Regeln. Es ist keine Koordinierung da und so gesehen ist diese Maschine nie dort angekommen. Also, ein Land gibt eine Erlaubnis in der EU und ein anderes nicht und so geht das dann weiter. Oder Überführung von Geldern – eine Bank schickt das Geld weiter, die nächste im dritten Land wird es auch übernehmen, aber die in der Mitte sagen nein und dann dauert es ein Jahr, bis das Geld ankommt. Ich möchte auch noch etwas anderes sagen. Hier wurde sehr viel von cash-based gesprochen, gerade von den UN-Organisationen. Cash-based, da sind wir uns alle einig, ist sehr effektiv in speziellen Kontexten, aber aufgrund dieser unheimlichen Kontrollen und dieser Skepsis, dass diese Gelder auch für Terrorismus und so etwas verwendet werden können, wird es immer schwieriger, dieses cash-



based auszuweiten. Man muss sich schon überlegen: Kann man für gewisse Länder Ausnahmen machen für die humanitäre Hilfe? Die Ausnahmen gibt es. Es gibt für Somalia eine Ausnahme. Es gibt auch Ausnahmen zum Beispiel in Bezug auf Petroleum in Syrien. Ansonsten muss man in jedem Geberland eine Ausnahme für jedes Projekt beantragen. Das Dritte dazu ist auch, dass diese ganzen Sachen sehr technisch sind. Es gibt immer mehr Sanktionen und die sind auch absolut notwendig, der Kampf gegen den Terrorismus ist auch absolut notwendig, aber die Frage ist natürlich, wann die Geber das Geld bewilligen und wann eigentlich ist das humanitäre Hilfe. Dann braucht man auch mehr Richtlinien, wie man überhaupt damit umgehen soll, wie man das machen soll. Es gibt von den verschiedenen Mitgliedstaaten in der EU sehr wenig und ich weiß nicht ganz, wie es da bei Deutschland ist, aber Deutschland ist einer der größten Geber und hat sehr viel Respekt und sehr viel vorangetrieben auch unter der letzten EU-Ratspräsidentschaft, aber da kann noch mehr gemacht werden. Herzlichen Dank.

Die **Vorsitzende**: Danke an Sie. Dann hat jetzt der Kollege Kai Gehring für die Grünen in der Webex-Konferenz das Wort.

Abg. **Kai Gehring** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Den ersten Fragenkomplex möchte ich richten an Frau Schick und zwar mit Blick auf die bessere Verzahnung von humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit und der seit einiger Zeit hinzukommenden Komponente Frieden und damit Triple Nexus. Was ist aus Ihrer Sicht nötig für gute Nexus-Arbeit? Welche Rolle sollten dabei oder können dabei lokale NGOs spielen und wie kann ein menschenrechtsbasierter Ansatz systematisch implementiert werden? Ich fand das in Ihrer Stellungnahme sehr lesenswert, wo Sie beschreiben, dass die potentielle Rolle von NGOs in der Friedensarbeit mehr Engagement bei Konfliktsensibilisierung, bei sozialem Zusammenhalt, Kohäsion sein könnte. Können Sie hier noch ein paar Beispiele für ein derartiges Engagement darlegen? Die zweite Frage möchte ich an Herrn Südhoff richten. Bei Ihrer Analyse der Ziele des Grand Bargain stellen Sie für den

Bereich Lokalisierung fest, dass insbesondere lokale Frauen-geführte Organisationen und lokale Organisationen, die für Gender arbeiten, bei Förderentscheidungen internationaler Geber besonders vernachlässigt werden. Dazu haben Sie ein paar Hintergründe in Ihrem Gutachten beschrieben, aber es wäre super, wenn Sie hierzu noch Erläuterungen geben können, vor allem wie es sich verändern lässt, dass Frauen eher als Opfer gesehen werden als als Handlungsakteurinnen. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Dann hat Frau Schick wieder das Wort und danach geht es zu Herrn Südhoff.

Sve **Kathrin Schick** (Direktorin von Voluntary Organisations in Cooperation in Emergencies VOICE, Brüssel): Ganz herzlichen Dank. Ich freue mich sehr über die Frage, weil der Nexus sehr wichtig ist. Der Nexus war gar nicht in dem Grand Bargain drin, den hat man später reingestellt und man ist auch wieder dabei, den rauszustellen. Und warum? Gerade deshalb, weil der Nexus sich so entwickelt hat, dass es auch noch den Triple Nexus gibt und das ist die Friedenskomponente. Wir haben alle gesagt, wir brauchen wirklich große politische Anstrengung, um mehr Friedens- und Konfliktlösungen zu finden. Aber es ist so, dass wir sehr viel auf bessere Verzahnung der humanitären Hilfe und der Entwicklungsarbeit hinarbeiten. Das funktioniert nicht gut genug, weil die Entwicklungshilfe sehr oft ganz langsam bewilligt wird und das dauert. Man muss lange Anträge stellen, während es bei der humanitären Hilfe schneller geht, und so gesehen braucht man da mehr Annäherung und nicht Verschmelzung zwischen humanitärer Hilfe und Entwicklung, wie auch schon von manchen Experten hier gesagt wurde. Und man braucht auch Finanzierungsinstrumente, die flexibler sind, so dass es da keine Lücke gibt. Und diese Lücke gibt es in fast allen EU-Mitgliedstaaten. Ich möchte gerne noch ein Beispiel bringen. Der sogenannte Triple Nexus kommt von der UNO und sehr viel von den Mitgliedstaaten, während der humanitäre Entwicklungsnexus immer schon von den NGOs angewendet wurde, weil die meisten beides tun. Aber bei der Implementierung hapert es. Wir haben ein Projekt zum Beispiel in Nigeria. Da gibt



es eins unserer Mitglieder, die machen einerseits konfliktssensitive humanitäre Hilfe, die sind bei Gewaltreduzierung. Die hatten zum Beispiel ein Projekt, wo sie auch versucht haben rauszufinden, warum Mädchen und Jungen zu Boko Haram gehen. Das wurde von einem Geber unterstützt und das komplementierte dann die humanitäre Hilfe. Das braucht natürlich auch sehr viel Vertrauen. Das Problem war, als dieses Projekt dann fertig war, gab es keinen Geber, der das weiterführen wollte. Und dann kriegt man auch Probleme auf lokaler Ebene, wenn die Frage gestellt wird: Oh, jetzt habt ihr keinen Geber, warum wollen die das nicht finanzieren? Ihr macht humanitäre Hilfe, gleichzeitig, habt ihr auch Geld von anderen, die wir vielleicht als politisch sehen. So gesehen ist es ganz wichtig, bei dieser Friedensarbeit wirklich menschenzentrierte Arbeit zu machen und auf der gemeinsamen Ebene zu arbeiten, während natürlich die Staaten top down arbeiten müssen. Man braucht beides, das ist ganz klar. Nichts davon löst den Konflikt, und beim Triple Nexus ist es wirklich so, dass da schon eine gewisse Instrumentalisierung, Konditionalisierung reinkommt, weil die ganze Sache zur Migration und Sicherheitsdebatte ist, Frieden zu schaffen und Gesellschaften, die resilient sind und nicht gewalttätig. Und ich glaube, dass beim Triple Nexus wirklich die Instrumentalisierung der humanitären Hilfe gleich bei dem Friedensteil passieren kann. Wir sind humanitäre Organisationen und Entwicklungsorganisationen, keine Friedensorganisationen. Bald müssen wir auch noch Klima machen und Gender machen. Das werden wir alles tun, aber gewisse Dinge sind wirklich mit den Prinzipien schwerer vereinbar. Ich möchte auch zur Instrumentalisierung noch gerne eine Sache sagen. Das beste Beispiel war Venezuela. In Venezuela wurde humanitäre Hilfe nicht offiziell da gegeben, wo die Bedürfnisse am größten waren, sondern da, wo es dann auch von gewissen Teilen der Regierung benutzt werden konnte. Da waren die europäischen Staaten auch nicht so toll, weil jede Seite ihren Politiker unterstützt hat und da wurde humanitäre Hilfe leider sehr politisiert. Danke.

Die **Vorsitzende**: Dankeschön. Herr Südhoff, Sie haben dann hier im Saal das Wort.

SV **Ralf Südhoff** (Leiter des Centre for Humanitarian Action in Berlin): Vielen Dank für die Frage nach dem Gender-Aspekt. Wir haben den in unsere Stellungnahme bewusst als Querschnittsthema eingefügt, obwohl Sie nicht danach gefragt hatten und es auch im Grand Bargain-Prozess lange keine Rolle spielte bis vor ein, zwei Jahren. In der Tat ist es ein aus unserer Sicht massiv unterschätztes Querschnittsthema, was sich in der Tat daran zeigt, dass die Repräsentanz der Projekte vor Ort, aber auch der Personen vor Ort und ihre Repräsentanz in den Entscheidungen unter Gender-Aspekten noch sehr viel schlechter ist. Sie haben auch einen Zielkonflikt zum Teil. Wenn man die Vertreterinnen und Vertreter von lokalen Organisationen einlädt, wird man auch in Projektbesuchen vielfach feststellen, dass Sie im Wesentlichen Männer treffen. Deswegen ist es auch ein wichtiges Querschnittsthema, die Gleichstellung der Geschlechter als eigenes Ziel sowohl in der humanitären Hilfe wie auch darüber hinaus mit zu berücksichtigen und eine gendersensitive humanitäre Hilfe als Querschnittsthema ernst zu nehmen. Wie weit da der Weg ist, kann einem verdeutlichen, wenn man sich die Mühe macht, die eigenen Reports der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Grand Bargain pro Jahr zu lesen. Letztes Jahr wurde explizit gefragt: Was haben Sie zum Thema Gender und Geschlechtergerechtigkeit usw. beigetragen? Die Berichte sind wirklich sehr vage und es ist nicht zu verkennen, dass das etwas ist, was immer so nebenbei auch noch bedacht werden müsse, ohne dass es dann zu systematischen Projekten, Programmen, Initiativen kommt oder es in der Projektförderung systematisch berücksichtigt wird. Es ist vielleicht auf deutscher Seite ein sehr gutes Beispiel dafür, wie das ernst genommen wird, wie eine Initiative ergriffen wird. Das Auswärtige Amt hat jetzt einen Gendermarker entwickelt, der auch vielfach gelobt wird. Aber es ist eben ein Pilot, der vor ein oder zwei Jahren begann, wo man bis jetzt noch nicht sagen kann, ob er wirklich eine Wirkung erzielt, wie substantiell er befolgt wird, wie Organisationen mit ihm umgehen können. Entsprechend gibt es auch vielfach noch nicht einmal Daten dazu, in welchem Rahmen eigentlich wirklich gendersensible Projekte gefördert werden von internationalen



Organisationen, von NGOs, von anderen Gebern und deswegen steht man vielfach noch am Anfang und muss das, was auch in der Diskussion ist, als ein zentrales Querschnittsthema für die Zukunft des Grand Bargain sehr ernst nehmen.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Wir haben jetzt die Möglichkeit, eine kurze dritte Fragerunde anzuschließen, und ich würde das Einverständnis der Kolleginnen und Kollegen abfragen, dass wir jetzt in dieser dritten, letzten Runde pro Fraktion jeweils nur einen Sachverständigen befragen. Dann kommen wir auf eine halbe Stunde. Gegenteilige Meinungen dazu vernehme ich nicht. Dann hat jetzt der Kollege Altenkamp für die CDU/CSU das Wort.

Abg. **Norbert Maria Altenkamp** (CDU/CSU): Vielen Dank. Herr Südhoff, bei Ihnen ist die Frage vielleicht gut aufgehoben, weil Sie durchaus als Thinktank einen Gesamtüberblick haben. Als ich die erste Veranstaltung Ihrer Institution besucht hatte, da hatten Sie diesen Begriff „Deutschland als humanitärer Riese“ im Verhältnis zu anderen geprägt. Das hat sich bei mir festgesetzt. Worüber ich in der Diskussion gerade so ein bisschen gestolpert bin: Interessengeleitete Politik. Ich weise das ein bisschen von mir als Mitentscheidungsträger in Gremien. Ich wüsste nicht, wenn ich, wie hier, über humanitäre Hilfen mitentscheide, welche interessengeleitete Politik ich bei der Hilfe für Menschen im Jemen oder in Mali oder wo auch immer auf der Welt, welche Interessenleitung bei mir zugrunde liegt, außer, dass mein christliches Selbstverständnis mir sagt: Menschen in Not muss geholfen werden – Punkt. Insofern mag das in anderen Staaten und anderen Nationen anders sein, ich möchte das aber für uns durchaus in weiten Teilen in Anspruch nehmen. Sie haben Effizienz auch in diesem Spannungsfeld genannt und ich sage mal: Manche humanitäre Hilfe kann nur möglich gemacht werden, wenn man diejenigen, die helfen, auch guten Gewissens in Krisensituationen reinschicken kann. Und dazu zählt manchmal auch, dass man eine robuste Sicherheitsstruktur flankierend daneben stellen muss. Projekte der Gewaltreduzierung können häufig erst im nächsten Schritt kommen. Meinen Sie auch, dass manche NGOs zu zurückhaltend sind, wenn es

darum geht, den robusten Sicherheitsaspekt einzufordern und nicht einfach zu sagen: Wir versuchen alles, um irgendwie humanitär zu helfen. Das Militär ist möglicherweise nicht die Ultima Ratio, aber vielleicht wäre es manchmal sinnvoll, auch ein robustes internationales Mandat einzufordern, damit man den Menschen vor Ort überhaupt helfen kann, denn wir haben es nicht nur mit Naturkatastrophen zu tun, bei denen sich alle einig sind, da gehen wir jetzt hin und die Staaten machen ihre Grenzen auf und können helfen. Sondern wir haben es auch mit Failed States zu tun, wo keine Strukturen da sind, wo man erstmal auch logistisch und sehr robust auch reingehen muss, damit man überhaupt den Menschen helfen kann.

Die **Vorsitzende**: Herr Südhoff Sie haben das Wort.

SV **Ralf Südhoff** (Leiter des Centre for Humanitarian Action in Berlin): Das sind zwei „ganz kleine Fragen“ in der letzten Runde. Ich versuche einmal, beides in einer Minute. Ich glaube, eine interessengeleitete deutsche Politik lässt sich nicht festmachen, und da widersprechen wir auch teils anderen Einschätzungen, wenn man sich die Finanzierung bestimmter Operationen anschaut. Wir haben das auch in der Stellungnahme noch einmal versucht zu analysieren. Man kann nicht sagen, dass die Förderung bestimmter Krisen durch deutsche humanitäre Hilfe beispielsweise zu einer Überfinanzierung von Krisen führen würde, wo man offenkundiger Weise klare deutsche Interessen vermuten würde. Man kann nicht sagen, die Syrienkrise ist überfinanziert, weil wir die Migrationsabwehr von Syrerinnen und Syrern priorisiert haben, was definitiv der Fall ist. Es bestreitet auch niemand, dass es teils zu einer Vermischung bei den Entscheidungen kommt. Man kann aber nicht sagen, dass es zu einer Überfinanzierung kommt, beispielsweise des Syria Regional Plans. Der ist dafür zuständig, Syrerinnen und Syrer, die in die Nachbarstaaten geflohen sind, zu unterstützen. Der ist einer der am schlechtesten finanzierten humanitären Pläne weltweit. Wo ich aber Ihnen widersprechen würde, ist in anderen Bereichen, wo es nicht um klare Finanzentscheidungen geht, die sich teils



sicherlich hier und da in einer Grauzone bewegen, was auch die Beteiligten nicht immer abstreiten würden. Aber man kann Deutschland nicht davon freisprechen, dass überhaupt keine Seenotrettung mehr von staatlicher Seite im Mittelmeer erfolgt. Man kann Deutschland nicht davon freisprechen, dass in Griechenland die Zustände in den Flüchtlingslagern teils als die schlimmsten weltweit beschrieben werden. Man kann Deutschland nicht komplett davon freisprechen, dass es eine europäische Waffenexportpolitik gibt, die auch, das Stichwort Saudi Arabien haben wir schon genannt, von europäischer Ebene definiert und bestimmt wird. Deutschland ist nun einmal jetzt auch nicht Lettland in der EU. So einfach kann man es sich dann, was die Kohärenz angeht, in der Tat nicht machen. Man muss versuchen das zusammenzubringen, um auch selbst so glaubwürdig wie möglich zu bleiben, und die wirklich wichtigen Initiativen, die auch wirklich ehrenwert und sehr aufrichtig auf allen Ebenen versucht werden zum Schutz der humanitären Hilfe und der Prinzipien, nicht zu unterlaufen. Sie beschreiben das Dilemma korrekt: Immer mehr Hilfe muss in fragilen Staaten und auch in Konflikten geleistet werden. Braucht es da nicht teils auch mehr Sicherheit? Braucht es womöglich militärische Kräfte? Das glaube ich teils durchaus, wenn Sie mich jetzt als Privatperson fragen. Wenn Ihre Frage aber ist, ob ich mir wünsche, dass humanitäre Hilfsorganisationen mehr danach rufen, dann würde ich sagen nein. Das ist nicht die Rolle, sondern kann auch, wie das hier teils auch schon korrekt beschrieben wurde, die Arbeit der humanitären Organisationen unterlaufen. Sie müssen sich aus diesem Konflikt raushalten, damit sie nicht als Kriegs-, als Konfliktpartei wahrgenommen werden. Ob es teils notwendig ist, dort Sicherheit zunächst einmal zu schaffen, das ist, glaube ich, eine andere Frage. Aber es wäre der falsche Weg, just bei den Humanitären auf Lobbyismus, auf Advocacyarbeit für militärisches Engagement zu hoffen – auch wenn es das Dilemma teils nicht lösen kann, vor dem alle, die das praktisch einmal entscheiden mussten, immer wieder stehen: In welchem Rahmen ist eine Kooperation, ein Informationsaustausch oder hier und da auch womöglich ein geschützter Konvoi sinnvoll und wo ist der aber ganz schädlich auch für die Hilfe

in Zukunft.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Dann hat jetzt Jürgen Braun für die AfD-Fraktion das Wort.

Abg. **Jürgen Braun** (AfD): Dankeschön, Frau Vorsitzende. Manches ist mir jetzt zu sehr Harmoniesoße. Ich vermag es nicht einzusehen, warum man nach über 70 Jahren der UNRWA in dieser Form weiterhin unkritisch die Gelder zuschiebt. Ich vermag es nicht einzusehen, warum Deutschland die richtige amerikanische Entscheidung ausgleicht. Ich vermag es nicht einzusehen, warum Deutschland antijüdische Schulbücher finanzieren muss über die UNRWA. Das muss man einmal ganz deutlich sagen. Das hat nichts mit humanitärer Hilfe zu tun, was die UNRWA seit mehr als 70 Jahren macht. Das wird immer mehr propagandistisch gegen den Staat Israel und die Juden gerichtet und ich möchte noch einmal Herrn Dr. Böhnke fragen: Was halten Sie für einen angemessenen Umgang mit einer Organisation wie der UNRWA nach mehr als 70 Jahren angeblich humanitärer Hilfe? Die Organisation ersetzen durch eine Nachfolgeorganisation, die dann mehr dem Etikett entspricht und vielleicht sich nur auf humanitäre Hilfe beschränkt oder Kürzung der Gelder? Was ist in diesem Fall entscheidend? Denn wir wissen alle, die UNRWA ist nicht entscheidend dafür, dass dort niemand verhungert, das ist eine falsche Behauptung, die durch Nichts gestützt werden kann.

Die **Vorsitzende**: Herr Dr. Böhnke, Sie haben das Wort.

SV Dr. **Rolf Böhnke** (Diplomat a. D.): Vielen Dank. Vorab noch ein Wort zur Effizienz, was mehrmals hier aufkam. Ich glaube, da ist ein Missverständnis. Effizienz heißt nicht immer, da hingehen, wo es am billigsten ist. Sondern Effizienz heißt: Unter den gegebenen Umständen Value for Money. Natürlich kostet das in Syrien mehr, als wenn Sie es woanders machen. Das war noch zur Effizienz, zur Klarstellung. UNRWA ist natürlich ein schwieriges Problem und wir haben da ein generelles Problem. Das hängt mit der Exit-Strategie zusammen. Wenn wir irgendwo



reingehen, sollten wir normalerweise eine Exit-Strategie haben, beispielsweise in Afghanistan. Wann gehen wir aus Afghanistan raus, wann gehen wir aus Syrien raus, wann gehen wir aus Mali raus und so weiter? Diese Exit-Strategie mag vielleicht bestanden haben bei UNRWA, aber das ist schon so lange her, dass es keiner mehr weiß, und sie liegt auch nicht mehr in der Hand derjenigen, die die Hilfe leisten, sondern sie liegt in der Hand der politischen Player. Jedes Mal wird politisch entschieden: Wir machen das noch weiter. Wenn Sie mich fragen, was könnte man stattdessen machen? Ich meine, da sollte Entwicklungshilfe rein. Im Moment haben wir es ein bisschen schwierig. Die EU finanziert beispielsweise einen Flughafen dort und dann gibt es wieder einen Konflikt und die andere Konfliktpartei, ich brauche hier nicht zu sagen, wer, bombardiert den und dann ist der Flughafen wieder weg, und wir haben hier das Geld umsonst ausgegeben. Dazu braucht es einigermaßen stabile politische Verhältnisse, bevor wir mit der Entwicklungshilfe reingehen können. Entwicklungshilfe ist letztlich Hilfe zur Selbsthilfe, so dass die Leute allein zurechtkommen. Das ist aber hier eine sehr vertrackte politische Lage, die wir mit der humanitären Hilfe gar nicht lösen können. Und ob Sie nun sagen, wir streichen die Hilfe wie die Amerikaner, weil das eine politisch instrumentalisierte Hilfe ist, das ist eine andere Frage, das kann ich nicht beantworten, das müssen die politischen Entscheidungsträger entscheiden. Aber, wie gesagt, es wäre schön, wenn das übertragen würde in eine planmäßige Entwicklungshilfe, die das Land weiter aufbaut und den Leuten dort ermöglicht, aus eigener Kraft ihre Wirtschaft und ihr Leben zu gestalten.

Die **Vorsitzende**: Dankeschön. Frau Özoğuz für die SPD-Fraktion.

Abg. **Aydan Özoğuz** (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich möchte angesichts dessen, was ich gerade gehört habe, noch einmal Herrn Südhoff sehr danken für seinen Beitrag, dass wir eben wirklich danach gucken, wo Leute Hilfe brauchen und auch danach gehen, wie und wo wir humanitäre Hilfe dann entsprechend auch hinbringen müssen. Jetzt kann ich am Ende noch

einmal, wenn ich das gerade so höre, Herr Braun, noch ein Reizwort für Sie fallen lassen, weil Frau Lumpp hat über den Globalen Pakt für Flüchtlinge gesprochen in ihrer Stellungnahme, den viele hier unterstützen, aber einige ganz furchtbar finden. Ich wollte jetzt noch einmal fragen, inwiefern dieser Globale Pakt für Flüchtlinge auch in der Entwicklungszusammenarbeit hilfreich war oder ist das ein Weg, mit dem man etwas beginnen kann. Oder sehen Sie eher Hindernisse, gerade was die humanitäre Hilfe bedeutet? Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Frau Lumpp, Sie haben das Wort.

SVe **Katharina Lumpp** (Vertreterin des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) in Deutschland): Danke für die Frage. In der Tat ist es so, dass sich für uns, für UNHCR, für Flüchtlingssituationen der Nexus zwischen humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit vor allem durch den Globalen Pakt für Flüchtlinge und dessen Ziele konkretisiert hat. Zum einen sind im Globalen Pakt internationale Finanzinstitutionen und Akteure der Entwicklungszusammenarbeit explizit genannt als Partner in der Antwort auf große Fluchtbewegungen und Fluchtsituationen und das insbesondere mit Blick auf die zwei der vier Ziele. Das eine Ziel, den Druck auf Aufnahmeländer und Aufnahmegemeinschaften zu mindern und Flüchtlinge bei der Eigenständigkeit zu unterstützen. Wir sehen, dass seitdem auch viele Fortschritte in der sinnvollen Verzahnung von humanitärer Hilfe und längerfristigen Entwicklungsmaßnahmen stattgefunden hat. Zwar werden zunehmend mehr Aufnahmeländer von Flüchtlingen unterstützt, insbesondere bei der Kapazität der Infrastruktur, beispielsweise im Gesundheitswesen, im Bildungswesen, was insofern zum einen wichtig ist, weil es sowohl der lokalen Bevölkerung als auch den Flüchtlingen zugutekommt, und zum anderen, weil es auch zur Inklusion und Integration von Flüchtlingen beiträgt. Ganz konkret gab es bei uns sehr nennenswerte Fortschritte in der Zusammenarbeit zwischen UNHCR und der Weltbank, die durch spezifische Instrumente wie das IDA18 Refugee Sub-Window in 14 Ländern, die bereits Gelder vergeben haben



und 35 größere Projekte der Unterstützung in Aufnahmeländern initiiert haben. Und auch während der Covid-Pandemie, wo es zusätzliche Gelder für eine Reihe von Ländern als Zuschüsse gab, war es wichtig, dass da insbesondere Maßnahmen gefördert wurden, in die auch Flüchtlinge eingebunden sind. Also wir sehen, dass sich konkret durch den Globalen Pakt und insbesondere durch die klare Zielsetzung, Aufnahmeländer von Flüchtlingen zu unterstützen, sehr viel in der Entwicklungszusammenarbeit bewegt hat.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Ich würde für die FDP-Fraktion noch einmal die Frage an Herrn Knoch richten, für die wir vorher keine Zeit mehr hatten: Und zwar sprachen Sie über die sogenannten Building Blocks, eine Blockchain-Plattform, die Sie beim WFP seit ihrer Entwicklung 2017 betreuen oder bereitstellen. Meine Frage an Sie wäre, ob Sie ein bisschen mehr über das Potential von Blockchain sagen könnten, aber auch über das Potential von anderen digitalen Anwendungen, die man vielleicht nicht in erster Linie mit humanitärer Hilfe in Verbindung bringen würde, die aber durchaus dazu führen können, dass Hilfe effizienter gestaltet werden kann, und ob Sie den Vorteil vor allem bei diesen Cash Transfer-Methoden noch einmal herausheben können. Vielen Dank. Dann haben Sie auch direkt das Wort.

SV **Heiko K. Knoch** (Leiter des Büros des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen in Berlin): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, dass ich noch die Möglichkeit bekomme, auf die Frage zu antworten. Blockchain, eine ganz spannende neue Technologie. Wie bereits erwähnt, setzen wir sie ein bei cash-based Transfermodalitäten. Sie ermöglicht den sicheren Transfer, Daten zu speichern, zu verarbeiten und zu verwalten. Dadurch erreichen wir auch wieder Effizienzgewinne. Wir haben eben bei diesen cash-based Transfers erhebliche Summen einsparen können, weil zum Beispiel Banken oder Finanzinstitute in der Übermittlung nicht mehr notwendig waren. Darüber hinaus haben wir jetzt ein Pilotprojekt im Gange, das wir in Dschibuti

einsetzen. Da schauen wir, wie kann Blockchain uns helfen, im Bereich der Lieferketten und beim Transport effizienter zu werden, die Kommunikation zwischen den einzelnen Teilhabern zu verbessern. Die Rückverfolgbarkeit ist gegeben und das ist ein ganz spannendes Projekt, was über die cash-based Transfers hinaus eben im Lieferkettenbereich eingesetzt wird mit Hilfe unseres Innovation Accelerators. WFP hat vor fünf Jahren, dank der großzügigen Unterstützung sowohl des Auswärtigen Amtes als auch des BMZ und des Freistaats Bayern in München ein sogenanntes Innovation-Lab etabliert. Das ist ganz spannend, weil dort neue Innovationen getestet werden, es eine enge Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen aus dem NGO-Bereich, aus dem UN-Bereich, aber auch mit Wissenschaftlern und dem Privatsektor. Natürlich werden diese spannenden Innovationen vor Ort getestet unter Einbeziehung der Personen, die sie unterstützen sollten. Da sind schon viele spannende Innovationen entstanden. Und dieser Innovation Accelerator ist, Herr Südhoff sprach es vorher an, auch ein safe space to fail, weil man eben wirklich Dinge ausprobieren kann und schauen kann, was im Bereich der humanitären und Entwicklungszusammenarbeit für Erfolge nutzbar sein kann. Es gibt auch verschiedene Apps. Wir hatten auch eine App im Bereich der Ermittlung von Mangel- oder Unterernährung von Kindern, die dort auch getestet wurde als Pilot. Es ist ganz vielfältig aufgestellt und wir sehen da ganz großes Potential und sind auch sehr froh, dass es in München dieses Zentrum gibt, was allen humanitären Partnern zur Verfügung steht – das ist nicht exklusiv für WFP, sondern wir laden dreimal im Jahr zu einem Call für Proposals ein und da können alle dran teilnehmen. Da gibt es ganz großes Potential, einige Pilotprojekte laufen und wenn sie Erfolg indizieren, dann werden sie auch im Feld pilotiert und wenn die Möglichkeit für ein scale up besteht, verfolgen wir das sehr gerne. Deutschland war da wirklich ein Vorreiter, das uns unterstützt hat, diese Innovationen voranzutreiben.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Dann hat Frau Nastic für die Linken das Wort.

Abg. **Zaklin Nastic** (DIE LINKE.): Noch einmal



eine Frage an Herrn Frisch. Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme, die Instrumentalisierung der humanitären Hilfe sei nichts Neues, leider. Frau Schick hat es vorhin beschrieben am Beispiel Venezuelas. Wir erinnern uns: Vor geraumer Zeit stand in den Medien, Venezuela würde keine humanitäre Hilfe zulassen. Andererseits hat sich rausgestellt, dass seitens der Bundesregierung lange Zeit humanitäre Hilfe an Venezuela zurückgehalten wurde. Könnten Sie das ausführen, was Sie genau damit meinen anhand einiger Beispiele unter anderem im Bereich der Terrorismusbekämpfung, aber auch beim Missbrauch humanitärer Hilfe bis hin zu Regimechange-Zwecken. Dankeschön.

Die **Vorsitzende**: Herr Frisch, Sie haben das Wort.

SV Philipp Frisch (Leiter der Advocacy Unit von Ärzten ohne Grenzen e. V., Berlin): Auch eine einfache Frage zum Schluss. Instrumentalisierung humanitärer Hilfe: Es gibt tatsächlich viele Beispiele, Venezuela ist definitiv eins. Man muss allerdings auch sagen, dass es in den allermeisten Konfliktsituationen natürlich so ist, dass am Konflikt beteiligte Parteien ein gewisses Interesse haben, Ressourcen zu kontrollieren, zum Beispiel Gesundheitsversorgung und Nahrungsmittel zu kontrollieren. Das sind Machtinstrumente. Deswegen ist es natürlich, und das liegt schon fast in der Natur der Sache, oft so, dass die humanitäre Hilfe sich auf den verschiedenen Ebenen von vor Ort bis hin zu klimatisierten Gebirgen letzten Endes Interessen konfrontiert sieht, die versuchen, die humanitäre Hilfe in die ein oder andere Richtung zu ziehen. Die Herausforderung für humanitäre Organisationen ist genau, sich das immer wieder bewusst zu machen und daran zu erinnern, worum es eigentlich tatsächlich geht und vor allem auch nicht naiv zu sein, zu glauben, es gäbe interessenlose Politik, denn die gibt es nicht. Es gibt verschiedene Arten, wie sich das ausprägt, und ich würde auch nicht sagen, und da schließe ich mich Herrn Südhoff an, dass es sich bei der deutschen humanitären Hilfe um eine besonders harte Interessenpolitik handelt. Aber nichts desto weniger stimmt auch, dass es natürlich so ist, dass deutsche Außensicherheits- und Migrationspolitik das auch mitbestimmt. Insofern: Ja,

Instrumentalisierung von humanitärer Hilfe existiert, kommt immer wieder vor, insbesondere in Konflikt- und Kriegskontexten. Es ist eben genau die Herausforderung, Reformen so zu gestalten, dass möglichst viele Sicherheitsmaßnahmen gegen diese Instrumentalisierung eingezogen werden. Danke.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Frau Bause für die Grünen.

Abg. **Margarete Bause** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde gerne mit meiner letzten Frage Frau Iseli noch einmal adressieren. Sie hatten den Punkt der vorausschauenden humanitären Hilfe erwähnt. Wir haben das Thema immer wieder gestreift, aber noch nicht so wirklich vertieft und ich finde das ganz entscheidend. Sie haben gesagt, nur ein Prozent der Mittel ginge in die vorausschauende humanitäre Hilfe und das wäre, gerade wenn es um Effizienz geht, natürlich etwas, wo wir sehr viel Wichtiges und Gutes tun könnten. Jetzt ist die Bundesregierung da auch aktiv, das Auswärtige Amt. Vielleicht könnten Sie das noch einmal für uns bewerten. Wie sehen Sie das aus der Praxis? Reicht das aus, muss da noch einmal nachgesteuert werden, was ist da zu tun? Und im Zusammenhang mit dem Grand Bargain: In welcher Art und Weise ist dieser Aspekt der vorausschauenden humanitären Hilfe dort verankert oder muss er verankert werden?

Sve **Bettina Iseli** (Programm-Direktorin der Deutschen Welthungerhilfe e. V.): Vielen Dank für die Frage. Ich denke, es ist ein sehr wichtiges Thema, gerade auch, weil es Kosten und Leid reduziert. Wir haben eine Win-win-Situation. Wir sind als Welthungerhilfe in einem Pilotprojekt zusammen mit dem Auswärtigen Amt, das Forecast-based Financing heißt, wo es darum geht, dass man am Fall von Madagaskar, anhand von Wetter- und Ernte-Daten evaluiert, ab wann eine gewisse Region in Madagaskar nicht mehr genug Ernte hat, so dass die Menschen nicht mehr davon leben können. Unsere Erfahrung ist, und wir sehen wirklich, dass das ein Modell für die Zukunft ist, dass man anhand von harten Fakten frühzeitig anfängt zu bestimmen, ob eine Krise



kommt oder nicht. Die Heuschreckenbeispiele waren vielleicht ein bisschen plakativ, aber ich glaube, es hilft trotzdem sich zu vergegenwärtigen, was es eigentlich bedeuten würde. Ich glaube, wir brauchen da den Mut, dass wir uns auf diese Vorsagedaten verlassen und dass wir auf einer „No Regret“-Basis agieren, dass wir sagen, okay, es kann auch sein, dass wir Geld investiert haben und die Krise ist nicht gekommen. Das sehen wir jetzt auch in der Pandemie, dass wir präventiv aktiv sind, damit die Zahlen unten bleiben. Und das Zweite ist auch die Vorsorge, also Beispiel Haiti, das ich aus meiner Vergangenheit gut kenne. Da kommt mit ziemlicher Sicherheit jedes Jahr ein Hurrikan, ein Zyklon über diese Insel. Und wir haben angefangen, als Welthungerhilfe mit Vorsorgekomitees zu arbeiten, dass die Menschen realisieren, dass sie wissen, der Zyklon kommt, der ist im Anmarsch, dass die wissen, was sie tun müssen, um erst einmal Leib und Leben, aber danach auch Hab und Gut zu schützen. Ich glaube, dass wenn wir in dieses Forecast-based Financing investieren und dann das auch in Handlungen präventiv übersetzen, dass wir da sowohl auf der Ebene Kosten, als auch auf der Ebene Bedarfe sehr viel einsparen könnten. Also wir sehen da ein sehr großes Potential und wir würden uns wirklich erhoffen, dass gerade diese Pilotprojekte, die auch von der Bundesregierung unterstützt werden, evaluiert und dann ausgewertet werden. Ich glaube, das ist das, wo die Reise hingeht zum Thema Grand Bargain und deswegen haben wir es in unserem Papier geschrieben. Das kommt da so noch nicht vor. Wir glauben aber wirklich, dass das ein wichtiger Hebel wäre, um eben gemeinsam auch in Zukunft die Bedarfe überhaupt nicht mehr so in die Höhe

treiben zu lassen, sondern sicherzustellen, dass die humanitäre Hilfe in dem Sinn nicht mehr notwendig wäre. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank, Frau Iseli. Wir sind am Ende unserer dritten Fragerunde und auch am Ende der öffentlichen Anhörung. Ich glaube, das Thema zeigt sehr gut, dass diese Debatte noch sehr lange Zeit weitergeführt werden wird. Der Ausschuss hat mit einigen von Ihnen als Sachverständige auch in anderen Anhörungen schon an diesem Thema gearbeitet und wird das auch weiterhin tun, wird auch im Rahmen des Jubiläums des Humanitarian Summits weiter an diesem Thema dranbleiben. Und das war vielleicht im letzten Jahr dieser 19. WP der Auftakt für den weiteren Prozess, auch im Gespräch mit dem Auswärtigen Amt, in den kommenden nichtöffentlichen Sitzungen des Menschenrechtsausschusses vor allem in dem Bereich antizipatorische Hilfe zu arbeiten. Von daher bedanken wir uns ganz herzlich im Namen des gesamten Ausschusses auch bei Ihnen, den Sachverständigen, hier im Ausschusssaal, aber auch natürlich für die Möglichkeit, dass Sie sich von Brüssel bis Berlin, Herr Knoch, Frau Schick und Frau Lumppp zugeschaltet haben, und natürlich bei der Öffentlichkeit, die zugesehen hat oder das vielleicht noch tun wird. Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen noch einen schönen Tag. Bleiben Sie alle gesund und bis zum nächsten Mal.



Schluss der Sitzung: 16:57 Uhr

Gyde Jensen, MdB
Vorsitzende